Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1912

244 (18.10.1912) Erstes Blatt

Visual Library

Nr. 244. Karlsruhe, Freitag, den 18. Oktober 1912. 32. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. **Abonnementspreis:** Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481 Sprechstunde nur von ½12—½1 Uhr. **Expedition:** Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128 Postcheck-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Feuilleton, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten: **W. Kolb**; für den übrigen Inhalt: **Herm. Kadel**; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Die andere Seite des Petroleummonopols.

I.

Die auch in diesen Blättern bereits kurz gewürdigte Mitteilung der Reichsregierung über ihren Plan, den Großhandel mit Leuchtöl in Deutschland zu monopolisieren, schiebt die sozusagen nationalwirtschaftlichen und volkswirtschaftliche Argumente stark in den Vordergrund. Die dauernde Abhängigkeit des deutschen Marktes von einer einzigen unheimlich starken amerikanischen Erwerbsgesellschaft in Sachen der Petroleumeinfuhr sei nicht länger erträglich und bringe erhebliche Gefahren mit sich; man müsse sich daher unter allen Umständen nach einem Mittel der Abhilfe umsehen; ein solches sei in der möglichen Erschließung der von der Standard-Oil-Companie unabhängigen amerikanischen und europäischen, vielleicht auch der asiatischen Oelerzeugung gegeben; wenn auch bisher die Einfuhr von Erdöl, soweit es nicht von der amerikanischen Gesellschaft kontrolliert wurde, nicht vielmehr als den vierten Teil der deutschen Gesamteinfuhr ausgemacht habe, so liege das nicht sowohl an den natürlichen, als an künstlich geschaffenen Verhältnissen. Die andern amerikanischen Gesellschaften ermangelten zurzeit der geeigneten Transportmittel, die europäischen Erdölproduzenten, namentlich die in Galizien und in Rumänien, seien der dauernden Gefahr ausgesetzt gewesen, durch Schleuderpreise der amerikanischen Konkurrenz an die Wand gedrückt zu werden, wenn und wo immer sie die Gewinnung eines größeren Einflusses versucht hätten. Bei gesicherter und durch langfristige Verträge festgelegter Oelabnahme würden aber gerade diese Gesellschaften, die zum Teil auch unter der Herrschaft des deutschen Kapitals stünden, sehr rasch leistungsfähiger werden, den amerikanischen unabhängigen Companien könne man durch Bereitstellung genügender Tankschiffe und durch Zumessung wenigstens eines Teils der deutschen Einfuhr sehr bald aufhelfen.

So rechnet, wie es in dem Regierungsartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" heißt, die Regierung darauf, „daß der Vorschlag, der aus nationalen und volkswirtschaftlichen Erwägungen entstanden und im Falle eines glücklichen Gelingens wichtige sozialpolitische Forderungen zu erfüllen geeignet ist, in den weitesten Kreisen Zustimmung finden wird".

So weit, so gut. Der Plan hat vorläufig in der deutschen Presse eine überwiegend günstige Aufnahme gefunden. Auch das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, der Berliner „Vorwärts", schließt seine erste Mitteilung der Angelegenheit mit der Bemerkung: „Die Sozialdemokratie ist keineswegs prinzipiell gegen die Einführung des Monopols, aber für ein Monopol, das auf eine Verteuerung des Petroleums und eine Begünstigung großer Finanzgesellschaften auf Kosten der großen Masse der Konsumenten hinausläuft, wird sie in keinem Falle stimmen."

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß die Reichsregierung der geplanten Monopolaktiengesellschaft nur dann eine größere Verdienstmöglichkeit lassen will, wenn sie mit ihren Preisen unter dem vom Reiche selbst festgesetzten Verkaufspreisen bleibt, während sich bei einer Ueberschreitung dieses Preises der Gewinn der Gesellschaft auf die landesübliche Verzinsung ihres Aktienkapitals, also auf 4 bis 5 Prozent, beschränken soll. Auf den ersten Blick könnte man also annehmen, daß die Befürchtungen des „Vorwärts", die neue Gründung könne zu einer Ausbeutung der deutschen Petroleum-Konsumenten ausgenützt werden, unbegründet sei. Aber auch nur auf den ersten Blick. Die Gefahr liegt freilich auf einer ganz andern Stelle, also wo der „Vorwärts" sie anscheinend sucht. Die neue Gesellschaft würde sich sicherlich hüten, den vom Reiche festgesetzten Verkaufspreis zu überschreiten und sich dadurch die Möglichkeit eines guten Gewinnes zu verschanzen. Das Reich wird sich auch vermutlich im großen und ganzen ungefähr an den Weltmarktpreis halten, so wie er sich unter den heutigen Verhältnissen herausgestellt hat. Sie würde zu diesem Preise vermutlich sogar einen Abschluß mit der Standard-Oil-Companie anbahnen können, der an der Erhaltung ihres Absatzes auf dem deutschen Markte, wenn auch unter veränderten Bedingungen, schon deshalb gelegen sein muß, weil sie sehr große Kapitalien in die Organisation des Kleinvertriebs in Deutschland hineingesteckt hat. Also: teurer als bisher wird das Petroleum kaum werden.

Aber es wird auch nicht billiger werden. Und das ist der springende Punkt! Den müssen wir näher ins Auge fassen.

Der Absatz amerikanischen Petroleums ist in den letzten Jahren nicht unerheblich zurückgegangen, wenn auch der Verbrauch vermutlich noch einer Steigerung fähig wäre. Aber: die Konkurrenz gegen das Brennöl wächst von Tag zu Tag. Immer neue Gebiete werden der Elektrizitätsversorgung durch Ueberlandzentralen eröffnet, die, zum Teil auf der Ausnützung von Wasserkräften aufgebaut, die elektrische Energie heute viel billiger, als noch vor wenigen Jahren liefern. Das Gas, von der Elektrizität stark bedrängt, aber auch stark angespornt, hat in den letzten Jahren erstaunliche Anstrengungen gemacht, bereits verloren geglaubtes Gebiet wieder zu erobern, neues sich zugänglich zu machen. Diese Anstrengungen waren von überraschenden Erfolgen begleitet. Die Gasfernversorgung, heute in ihren Anfängen stehend, gewinnt dauernd an Bedeutung, und die Konkurrenzfähigkeit des Gases ist schon durch seine Eignung zu Koch- und Heizzwecken gewährleistet. Was wir zurzeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sehen, nämlich den Anschluß ganzer Kreise an die Abfall-Gasanstalten großer Hüttenwerke, gibt uns eine Ahnung von den beinahe unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten. Schon sind Pläne gesponnen, die Gasversorgung großer Städte, z. B. von Berlin, mit der Zeit auf eine ganz andere Grundlage zu stellen und nicht mehr wie bisher durch den außerordentlich teuren und schwierigen Transport der Gaskohle zu belasten, sondern das Gas dort zu machen, wo die Rohstoffe gewonnen werden, d. h. auf den Kohlen-Lagerstellen. Erweist sich das als technisch durchführbar — und die Vertreter der Idee behaupten es —, dann ist die Frage mit dem Rechenstift leicht zu lösen, ob eine Periode weitestgehender Zentralisierung des Leucht- und Heizstoffes anbrechen wird oder nicht.

Eine solche heute durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegende und denkbare Entwicklung würde die Aussichten des Leuchtölhandels stark verschlechtern. Aber wir brauchen nicht so weit zu gehen: Auch schon unter den heutigen Verhältnissen, wie gesagt, drängt die Konkurrenz das Petroleum immer mehr zurück — so lange nämlich sein Preis auf der heutigen Höhe erhalten bleibt. Aber das muß ja nicht so sein. Man sagt, daß die Standard-Oil-Companie aus ihrem deutschen Geschäfte 50 Prozent Reingewinn heraushole. Nehmen wir an, diese Behauptung sei um die Hälfte übertrieben, was wohl der Wahrheit näher kommen wird. 25 Prozent jährlicher Rente von angelegtem Kapital können sich ja auch noch sehen lassen. Diese Verzinsung übersteigt die durchschnittliche Profitrate etwa um das Vier- bis Fünffache. Würde sich die amerikanische Petroleumindustrie vor die Gefahr gestellt sehen, ihren Absatz zum größten Teil zu verlieren, wenn und so lange sie so außerordentlich hohe Gewinne machen will, dann würde sie vermutlich von zwei Uebeln das kleinere wählen, bescheidener werden und sich das „Opfer" auferlegen, hinfort etwa mit 10 Prozent Gewinn zufrieden zu sein, dadurch aber auch ihren Niedergang für eine lange Zeit aufzuhalten. Vor solchen drastischen Maßnahmen ist Rockefeller, der Leiter des Standard-Oil-Trusts, niemals zurückgeschreckt, wenn andere keinen Erfolg versprachen.

Was würde die Folge einer starken Herabsetzung des Petroleumpreises sein, über die zu frohlocken die zu den ärmsten Schichten der Bevölkerung zählenden Konsumenten alle Ursache hätten? Zunächst würde selbstverständlich die weitere Verbreitung des Gases und der Elektrizität für einige Zeit erschwert sein. Aber das wollen wir hier zunächst einmal unberücksichtigt lassen; wir kommen später noch darauf zurück. Eine andere Folge, die hervorzuheben uns wichtiger erscheint, würde die sein, daß Handel und Erzeugung von Brennspiritus einen vernichtenden Schlag erleiden würden, einen Schlag, von dem sie sich niemals mehr erholen könnten.

Die deutsche Spiritusindustrie ist auf den Absatz des Brennspiritus unter allen Umständen angewiesen. Bei dem allmählichen und hoffentlich mit den Jahren stärker zunehmenden Rückgang des Verbrauches von Trinkbranntwein ist es eine Frage von Sein oder Nichtsein für die Spiritusfabrikation, sichere Abnahme für den vergällten Branntwein zu haben. Schon bei den heutigen Petroleumpreisen kann der vergällte Branntwein aber nur untergebracht werden, weil er auf Kosten der Branntweintrinker und auf Kosten der deutschen Steuerzahler in ihrer Gesamtheit mit vielen Millionen von Prämien ausgestattet ist. Erst das letzte Branntweinsteuergesetz von 1912 hat eine Erhöhung dieser Prämien um nicht weniger als 16 Millionen Mark in bar jährlich gebracht. Es ist ein volkswirtschaftlicher Unsinn, ein hochwertiges Fabrikat wie den Spiritus mit einem Naturerzeugnis, wie dem Petroleum, konkurrieren zu lassen.

Die deutsche Spiritusfabrikation — das ist der preußische Junker. Ihm zu Liebe hat man unsere ungeheuerliche Branntweinbesteuerung ersonnen, ihm zu Liebe die Liebesgabe eingeführt und allem Widerstande zum Trotz bis zum heutigen Tage nicht nur durchgehalten, sondern 1912 unter dem Vorgeben, sie aufzuheben, sogar noch erhöht. Das Branntweinsteuergesetz ist ein „Fürsorgegesetz" für die Landwirtschaft (lies: die junkerlichen Schnapsbrenner), so sagte der frühere Schatzsekretär Sydow im Reichstage, und er sagte die Wahrheit.

Das preußische Junkertum, soweit es von der Spirituserzeugung wirtschaftlich abhängig ist (und gerade seine besten Namen würden ihren Glanz verlieren, wenn sie den Destillierkolben unbenutzt an die Wand hängen und die Volksvergiftung aufgeben müßten), ist auf Gnade und Ungnade den amerikanischen Petroleummagnaten ausgeliefert. Wenn es Herrn Rockefeller heute einfällt, das preußische Junkertum in seiner heutigen Form durch einen einzigen Federstrich abzuschaffen, wörtlich: abzuschaffen, dann kann er es tun. Die Herrlichkeit des Schnapsadels versinkt nud ertrinkt rettungslos in den überfließenden Mengen unverbrauchten Brennspiritus, wenn der Petroleumpreis auf die Hälfte herabgesetzt wird. Der Branntweinboykott unserer Partei ist eine schöne Sache, und ich wünschte von Herzen ihm einen großen Erfolg, wünschte vor allem, daß gerade bekanntere Parteigenossen ihn gewissenhafter durchzuführen bestrebt wären, als nach vielen Andeutungen namentlich aus den Kreisen der Abstinenzarbeiter der Fall zu sein scheint. Aber den politischen Erfolg einer Zerstörung der Junkermacht kann er, wie ich schon früher dargelegt habe, nicht herbeiführen. In dem Maße, wie der Schnapskonsum sinkt, wird mit Hilfe der bestehenden Gesetzgebung, nötigenfalls wohl auch mit ein paar neuen Paragraphen, die Belastung des verbleibenden Restes erhöht; die Sache bleibt dann ungefähr beim alten. Ganz anders ist es aber, wenn der Verbrauch von technischem Spiritus erheblich zurückgeht. Dann ist kein Halt mehr. Dann geht die Spirituserzeugung in ihrer heutigen Form zu Grunde, d. h. dann wird die unverschämte Alimentierung der Schanpsjunker unmöglich, die Bodenbesitzverteilung im östlichen Deutschland unhaltbar. Durch einen Boykott des Brennspiritus ist ein solcher aus vielen Gründen lebhaft zu begrüßender Erfolg nicht herbeizuführen, weil man den Brennspiritus einfach nicht boykottieren kann. Der einzige Weg zum Ziele führt über die Verbilligung des Petroleumpreises. Und wenn es der Standard-Oil-Companie einmal einfallen sollte, für die Propaganda des Petroleums, für die Verbesserungen seiner Verbrauchsvorrichtungen (der Lampen, Kochgeräte, Heizungseinrichtungen) annähernd ebenso viel aufzuwenden, wie die Interessenten jahrelang für die Propaganda des Brennspiritus aufgewendet haben, dann bliebe um so weniger Hoffnung für die Spiritusproduzenten.

Die chinesischen Sozialisten u. die Regierung.

Vor einem Jahr noch war für die Sozialisten des Reiches der Mitte die Verbreitung von Druckschriften und Abhaltung von Versammlungen ein halsbrecherisches Unterfangen. Trotz der überall lauernden Gefahr, Freiheit und Leben zu verlieren, wurde die Agitation im Stillen weitergeführt, aber der Erfolg stand in umgekehrtem Verhältnis zu den Mühen und dem Risiko. Der in langen Jahrhunderten versteinerte Volksgeist war für sozialistische Ideen unempfänglich. Mächtiger und schneller, als es erwartet werden konnte, hat indessen die Revolution den schlafenden Riesen aus dem Schlummer gerissen, sein politisches Denken entfacht und ihm neue Bahnen zugewiesen. Kräftiges politisches Leben hat sich in kurzen Monaten in den Städten entwickelt, und erfaßt in schnellem Tempo die Landbevölkerung. Die stetig wachsende politische Strömung trägt auch den Sozialismus vor die breite Oeffentlichkeit. Was vor zwölf Monaten noch gänzlich unmöglich war und als sträfliche Verwegenheit galt, wird jetzt allenthalben in steigendem Maße getan: Die Sozialisten treiben auf offener Straße in Wort und Schrift Propaganda und finden Anklang und neue Rekruten.

Die durch die Revolution geschaffene größere Freiheit brachte die Möglichkeit, an die Zusammenfassung der Kräfte in eine feste Organisation zu denken. Vor einigen Wochen wurde denn auch die sozialistische Partei gegründet und, den gesetzlichen Bestimmungen des neuen Regimes entsprechend, bei der Behörde angemeldet. Damit erhielt die Regierung Juanschikais Gelegenheit zu beweisen, wie es um ihre, im Verfassungsentwurf versprochene und bei festlichen Anlässen genügsam verkündete politische Gleichberechtigung aller Bürger in Wirklichkeit bestellt ist. Sie bewies hier, daß sie von dem nämlichen kleinlichen Geist besessen ist, wie andere Bourgeoisregierungen auch: Der sozialistischen Organisation wurde die legale Anerkennung versagt und der Minister des Innern begründete diese Regierungsentscheidung mit der Behauptung, daß die zahlreichen sozialistischen Klubs das Privateigentum nicht anerkennen. Mit dieser Entdeckung wird der Minister, soweit das Privateigentum an Grund und Boden und Produktionsmitteln in Frage kommt, schon recht haben, aber

die Abweisung wird deshalb nicht gerecht und einwandfrei. Jedenfalls sind die Sozialisten nicht geneigt, sich mit der ministeriellen Begründung zufrieden zu geben. Sie betrachten die Verweigerung der Anerkennung als eine Vergewaltigung des Geistes und des Buchstabens der neuen (provisorischen) Verfassung. Dieser Tage haben sie an das Parlament um Schutz appelliert. Daß Bürger bei der Volksvertretung Beschwerde über die Regierung führen, einen solchen Fall hat China in seiner Jahrtausende alten Geschichte noch nicht erlebt. Auf die Entscheidung dieses überaus interessanten und hochbedeutenden Präzedenzfalles kann man berechtigterweise sehr gespannt sein.

Wem nützen die Agrarzölle?

Anläßlich der in Aussicht genommenen Enteignung des Gutes Koldromb bei Jannowitz, das vor einigen Monaten in polnische Hände übergegangen ist, wird über die Entwicklung des Kaufpreises dieser Besitzung Auskunft gegeben. Sie bildet eine hübsche Illustration zu den Redensarten von der Not der Landwirtschaft. Das Gut erlitt folgende Besitzübergänge zu folgenden Preisen:

1899:	Kaufpreis:	98 000	Mark
1903:	„	210 000	„
1906:	„	400 000	„
1910:	„	600 000	„
1912:	„	920 000	„

Das Gut hat 1510 Morgen Acker, 260 Morgen Wiese, 27 Morgen Wald, 64 Morgen Unland, 360 Morgen See, zusammen 2227 weniger 360 Morgen ist 1867 Morgen à 493 Mk. Das Gut hat Rübenboden, aber auch fliegenden Sand.

Der gegenwärtige Besitzer ist ein junger polnischer Junker namens v. Trzcinski.

In dem steigenden Kaufpreise mögen sich bis zu einem gewissen Grade lokale Besonderheiten ausdrücken, in der Hauptsache aber sind sie ein Beweis der steigenden Rentabilität der Landwirtschaft, die zum Teil durch die Zunahme der Bevölkerung mit ihren wachsenden Bedürfnissen, hauptsächlich aber durch die deutsche Zoll- und Absperrpolitik verursacht ist. Ob der letzte Besitzer dabei auf seine Rechnung kommt, ist für die Beurteilung dieser Dinge ganz nebensächlich. Die Hauptsache ist, daß der Wert des Gutes heute auf das Zehnfache seines vor 13 Jahren angenommenen Wertes geschätzt wird und daß die vier Vorbesitzer mehr als 800 000 Mk. in 13 Jahren daran verdient haben. Daß es ihrer vier sind, ist wiederum gleichgültig. Es könnte ebensogut einer sein. Und es wäre ebenso, wenn es noch heute in Händen des Besitzers von 1899 wäre. Dann würde er eben aus dem mit 98 000 Mark bezahlten Gute eine Verzinsung herausschlagen, die einem Anlagekapital von 920 000 Mk. entspräche. Nimmt man nur eine Verzinsung des jetzigen Kaufpreises mit 3 Prozent an, so gäbe das rund 27 000 Mk., was einer Verzinsung des 1899 gezahlten Preises von 27½ Prozent entspräche. Daß etwa durch Meliorationen und Neubauten viel in das Gut hineingesteckt worden ist, das ist bei dem raschen Besitzwechsel sehr unwahrscheinlich. Die Leute, die so rasch zu verkaufen geneigt sind, pflegen nicht zu denen zu gehören, die mit Liebe und Sorgfalt einen landwirtschaftlichen Besitz aufzubessern geneigt sind.

Diese Profite werden also so gut wie ganz allein aus den Taschen der Brotesser herausgewirtschaftet.

Deutsche Politik.

Wegen Beleidigung Wilhelm II. wurde vom Landgericht Leipzig der noch unbescholtene Schuhmacher Kaspar Koch zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in betrunkenem Zustande in einer Wirtschaft eine „unflätige Aeußerung" über Wilhelm II. getan, die der Eisenbahnassistent Laubner hörte und zur Anzeige brachte.

Nationalliberale Wahlrechtsfeinde. In einer Sitzung des alt-nationalliberalen Reichsverbandes führte der Generalsekretär Fuhrmann aus:

„Mit der Landtagsfraktion und ihrer Führung fordern auch wir das geheime und direkte Wahlrecht unter Beseitigung der Drittelung in den Urwahlbezirken, die eine unsinnige Durchlöcherung des Prinzips des Dreiklassenwahlrechts darstellt. Denn darüber möchten wir keinen Zweifel lassen: nachdem der von der Fraktion gewiesene Weg des Pluralwahlrechts sich als kaum gangbar erwiesen hat, halten wir an dem im Klassenwahlrecht vorhandenen Prinzip der nach der Steuerleistung abgestuften Wahl fest und werden uns jeder weiteren Demokratisierung dieses Wahlrechts aufs schärfste widersetzen."

Das Verlangen nach Beseitigung der Drittelung in den Urwahlbezirken richtet sich direkt gegen die Sozialdemokratie, denn nur durch diese Art der Drittelung war es möglich, daß wir selbst in der ersten Wählerklasse Wahlmänner durchbringen konnten. Diesen „Uebelstand" möchte Fuhrmann, der Schrittmacher der Reaktion, gerne beseitigt wissen, damit die Einteilung der Wähler in drei Klassen in voller Schönheit erhalten bleibt.

Zur Nachwahl in Berlin I. Die „Post" kündigt an, daß die Berliner Ortsgruppe des Reichsvereins entweder allein oder im Verein mit den Konservativen für die bevorstehende Nachwahl einen rechtsstehenden Kandidaten aufstellen werde. In der Stichwahl, auf die man in rechtsstehenden Kreisen rechnet, will man natürlich für Kämpf eintreten, dessen Wiederwahl dem freikonservativen Organ aber immerhin fraglich erscheint.

Bundesrat und Fleischteuerung. Der Bundesrat hat einem Gesetz zugestimmt, durch das ihm die Berechtigung erteilt wird, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Ausland für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 108 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erstatten, der sich ergibt, wenn an statt der Zollsätze von 35 oder 27 Mk. der Zollsatz von 18 Mk. für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird.

Die Zustimmung des Reichstags wird nachträglich eingeholt. Damit, daß der Zoll auf Fleisch bis zum 31. März 1914 auf 18 Mk., wenn auch unter den bekannten Einschränkungen, ermäßigt wird, gibt die Regierung selbst zu, daß der gegenwärtige Notstand nicht vorübergehender Natur ist.

Das Zentrum gegen die Erbschaftssteuer. Der bayerische Landtag lehnte am Mittwoch mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unsern Antrag auf Einführung eines 30prozentigen Zuschlags zur Reichserbschaftssteuer ab. In der Debatte wurde die abgelehnte Reichserbschaftssteuer und die Haltung des Zentrums zu ihr noch einmal erörtert. Der Zentrumsagrarier Speck behauptete, das Zentrum habe die Erbanfallsteuer deshalb seinerzeit abgelehnt, weil man das mobile Kapital habe freilassen wollen und er sprach die Vermutung aus, daß sich im gegenwärtigen Reichstage eine Mehrheit für eine neue Erbschaftssteuer nicht finden werde. Er deutete an, daß man dem Entwurf, wenn er kommen sollte, schließlich eine Form geben würde, daß er selbst für die Befürworter unannehmbar wäre.

Ausland.

Rußland.

Die Antwort auf die österreichischen Rüstungen. Der Etat des Kriegsministeriums für 1913 sieht an Ausgaben 545 581 753 Rubel vor, das sind gegen das Vorjahr mehr 52 659 585 Rubel.

Amerika.

Sozialistische Riesenversammlungen. Ein alle Erwartungen übertreffender Erfolg war die Versammlung, die mit vier Rednern, worunter die beiden Präsidentschaftskandidaten, in Neuyork abgehalten wurde. Trotz hohen Eintrittsgelds war der riesige, 12 000 Personen fassende Saal gefüllt und etwa halb so viel fanden keinen Zutritt. Etwa ein Drittel waren Frauen und Mädchen. Noch imposanter war die Versammlung in Philadelphia, in der Debs sprach. Zum erstenmal war die Convention Hall, die 20 000 Menschen faßt, gefüllt. Delegierte von auswärts waren zu Hunderten erschienen. Debs Rede, die durch Massenchöre eingeleitet war, wurde jubelnd aufgenommen. Gruppenweise, unter dem Gesang revolutionärer Lieder, zogen die Massen heim. Am 15. September demonstrierten in Boston 15 000 für Ettor und Giovanitti.

Wachsende landwirtschaftliche Verschuldung. Die Zahl der schuldenfreien Farmer ist in ständiger Abnahme. Wie die katholische Zeitschrift „The Common Cause" mitteilt, zählte man i. J. 1890 28,2 Prozent der Farmer, die hypothekarische Schulden hatten: im ganzen 886 957. 1900 waren es bereits 1 127 302 = 31,1 Prozent und bei der letzten Zählung, 1910, schon 1 327 640, d. s. 33 Prozent, ein gutes Drittel. Zusammen mit der wachsenden Ausdehnung des Pachtsystems ergibt sich auch hier das Bild: wachsende kapitalistische Herrschaft über die Landwirtschaft, Abnahme des alten, freien Farmers.

Badische Politik.

Zentrumsschwindel.

Die „Freiburger Tagespost" läßt sich von einem Mitarbeiter über den „sozialdemokratischen Zahlenschwindel" einen Artikel schreiben, in welchem es u. a. heißt:

„Den Agitatoren und sozialdemokratischen Flugblattschreibern ist es zum Sport geworden, möglichst hohe Zahlen auszurechnen, welche die Belastung „des deutschen Volkes" zugunsten der „Junker" ausdrücken sollen. So soll z. B. auf einem Pfund Fleisch 35 Pfennig Zoll liegen; um diesen Betrag, so behauptet der rote Agitator, sei der Preis in Deutschland höher wie im Ausland. Sieht man im Zolltarif nach, so steht dort allerdings der Satz von 35 Mk. pro Doppelzentner. Aber darunter steht auch die Zahl 27 Mk. Das ist der mißliche Zollsatz, der für alle Staaten gilt, die mit Deutschland einen Handelsvertrag abgeschlossen haben. 27 Mk. pro Doppelzentner macht pro Zentner 13,50 Mk. Da nun aber bekanntlich der Zollsatz gar nie voll im Inlandspreis zum Ausdruck kommt, vielmehr durchschnittlich höchstens ein Drittel bis zur Hälfte wirksam ist, so ergibt sich eine tatsächliche Belastung **von 5 bis 7 Pf. pro Pfund Fleisch.** Die roten Zahlenkünstler reden aber von 17 Pf., schwindeln also glatt das Doppelte hinzu. Glaubt aber nun jemand, daß dann, wenn Deutschland seine Zölle aufheben würde — angenommen das Ausland könnte uns überhaupt so viel liefern, wie wir benötigen —, diese 5 bis 7 Pf. im Preise heruntergingen? Das glaubt die älteste Frau nicht. Die sozialdemokratischen Agitatoren auch nicht."

Die Behauptung, daß der Zoll beim Inlandspreis gar nie voll, sondern höchstens zu einem Drittel zum Ausdruck kommt, ist ein grober Schwindel. Der Karlsruher Stadtrat hat erst vor einigen Tagen eine Mitteilung über die Wirkung des Zolls auf die Preisbildung des Fleisches veröffentlicht. Darnach betrug der Zoll rund **28 Prozent** des Einkaufspreises. Diese Belastung des Zolles kommt in vollem Umfange bei der Preisbildung des Fleisches zum Ausdruck, zumal in Zeiten der Fleischnot. Wer soll denn die Zweidrittel des Zolls, die angeblich nicht preisteuernd wirken, tragen? Etwa die Metzger oder die Städte, welche das ausländische Vieh einkaufen?

Man sieht an diesem Beispiel wieder, wie bodenlos leichtfertig die Zentrumspresse verdächtigt und das Volk zu beschwindeln versucht.

Ein Vorstoß gegen die Tarifhoheit der süddeutschen Eisenbahnen.

Gegen den unter diesem Stichwort von der „Volksstimme" zuerst veröffentlichten Artikel bringt die „Frankf. Zeitung" von ihrem Karlsruher Korrespondenten ein Dementi, wonach von „derartigen Maßnahmen" in den Kreisen der Regierung nichts bekannt sei. Die „Volksstimme" bemerkt dazu, daß diese Dementierversuche fruchtlos seien und schreibt wörtlich:

„Unser Karlsruher Gewährsmann bleibt in einer drahtlichen Meldung an uns durchaus auf dem bestehen, was er am 12. d. M. in der „Volksstimme" geschrieben hat, und ersucht uns, die Gewährsleute der „Frankf. Ztg." zu bitten, sich bei ihren angeblich so guten Informationsquellen doch gefälligst auch darnach zu erkundigen, ob es zutrifft, daß, wie wir am Samstag mitteilten, auf dem kommenden November in Berlin eine **Konferenz von Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltungen** einberufen ist, und was diese Konferenz denn eigentlich zu tun bekommen soll. Besser wärs allerdings, die Gewährsleute der „Frankf. Ztg." wären in Karlsruhe, wo sie sich ohne Mühe bei den Leuten, die es wissen müssen, Gewißheit verschaffen könnten, daß unsere Mitteilung nicht aus der Luft gegriffen ist. Wir wiederholen unsere Mitteilung, daß die Konferenz, die wir meinen, die Tarifhoheit der süddeutschen Eisenbahnen, die bisher noch nicht beseitigt ist, beseitigen soll. Was die Konferenz sonst noch zu tun bekommen soll, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß die Tarifhoheit der süddeutschen Eisenbahnen, die bisher noch nicht beseitigt ist, beseitigt werden

dings, wenn die **offiziösen Preßorgane der süddeutschen Regierungen** zu der Sache das Wort ergriffen. Da das bis jetzt noch nicht geschehen ist, obwohl das zu veröffentlichende Dementi, wenn die „Frankf. Zeitung" recht hätte, doch höchst einfach lauten könnte, das ist für die Angelegenheit sehr bezeichnend. Und nicht minder bezeichnend ist der Umstand, daß der Karlsruher Korrespondent des „Schwäb. Merkur", Dr. Otto Ammon, der in badischen Eisenbahnsachen sehr gut Bescheid weiß, unsere Mitteilungen vom letzten Samstag, weit entfernt, sie in Abrede zu stellen, dadurch indirekt bestätigt, daß er in der Nr. 482 seines Blattes, vom 15. d. M., unsere Stellungnahme zu den — wie er wörtlich sagt — **„Plänen der preußisch-hessischen Staatsverwaltung, die Gütertarife auch im Verkehr mit Süddeutschland zu vereinfachen"** (!!) von seinem notorisch großpreußischen Standpunkt aus, als „reaktionär" bezeichnet. Was meint die „Frankf. Zeitung" hierzu?"

Es ist in der Tat auffällig, daß das Regierungsorgan bisher in allen Sprachen geschwiegen hat. Daraus kann man mit Fug auf eine Bestätigung des Artikels der „Volksstimme" schließen.

Geh. Rat Göller Präsident der Oberrechnungskammer.

Wie der „Badische Beobachter" hört, soll zum Präsidenten der Oberrechnungskammer als Nachfolger des in Ruhestand tretenden Präsidenten Glockner Ministerialdirektor a. D. Göller in Aussicht genommen sein.

Die Einnahmen der bad. Staatseisenbahnen

betrugen im Monat September 1912 10 490 000 Mk. gegenüber 10 594 547 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen vom Januar bis mit September 1912 betrugen 86 890 000 Mk. gegen 84 151 428 Mk. im gleichen Zeitraum des Jahres 1911. Es ist somit eine Mehreinnahme von 2 738 572 Mk. zu konstatieren. — In den amtlichen Erläuterungen für August und September 1912 wird hervorgehoben, daß die ungünstige Witterung im Monat August den Reiseverkehr beeinträchtigte und zur Folge hatte, daß der Rückstrom aus den Ferien und Sommerfrischen, der sich sonst in der Hauptsache auf die erste Hälfte des September verteilt, zum großen Teil schon im August einsetzte, während die Ausreise nach den Sommerfrischen, die sonst im August noch eine beträchtliche Rolle spielt, nur schwach war. Der Fernverkehr war im September d. J. schwächer als in dem betr. Monat des Vorjahres, auch der Ausflugsverkehr war sehr ungünstig beeinflußt, nur in der zweiten Hälfte des September war er stark. — Der Tierverkehr war in beiden Monaten im allgemeinen ziemlich lebhaft. — Der Güterverkehr, insbesondere der Durchgangsverkehr nach der Schweiz, war stark und überstieg im August jenen des Vorjahres noch etwas, obwohl der Frühobstverkehr fast gänzlich fehlte. Auch im September war namentlich der Versand sehr stark. Die geschätzte Einnahme aus dem Güterverkehr war im August 1912 um 118 000 Mk. höher, im September 1912 um 137 000 Mk. niederer und in den Monaten Januar bis September 1912 um 1 266 000 Mk. höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1911.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Buchbinder! Am Samstag, 28. September, erfolgten die Arbeitsniederlegungen bei den Firmen Gerson und Hopfe u. Unger. Nach den letzten Mitteilungen sind in Aschersleben in den Kontroll-Listen als Streikende oder Ausgesperrte eingetragen 274 weibliche und 44 männliche Personen. Abgereist sind bereits 20 weibliche und 6 männliche und anderweitig in Arbeit getreten 7 weibliche und 2 männliche. Außerdem sind eine Anzahl Nichtorganisierter am Streik beteiligt, die sich zur Streikkontrolle nicht meldeten. Ferner haben zwischen 300—400 Heimarbeiterinnen die Heimarbeit eingestellt.

Die Situation für die Streikenden ist günstig, denn gleich geübtes Personal ist sobald nicht zu finden. **Wir ersuchen die gesamte Kollegenschaft Deutschlands, uns in diesem aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen,** indem alle die Firmen, die Fabrikate von hier beziehen, auf die schlechten Lohnverhältnisse hingewiesen werden.

Soziale Rundschau.

* **Karlsruhe,** 16. Okt. In der Praxis wird vielfach die Meinung vertreten, daß die neuen Satzungen, welche die Krankenkassen den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nunmehr aufstellen müssen, in gleicher Weise zu behandeln wären wie Satzungsänderungen. Diese Ansicht ist nicht richtig. Bei der Einführung der Reichsversicherungsordnung soll in Hinsicht auf die Krankenversicherung so vorgegangen werden, als ob es sich um die Errichtung neuer Krankenkassen handele. Die amtliche Begründung zu dem Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung stellt ausdrücklich fest: „Für die Anträge auf Zulassung dieser Kassen wird man sich zweckmäßigerweise an die Vorschriften über die Errichtung anlehnen. Den Satzungsentwurf hat der Antragsteller aufzustellen, mithin bei einer Ortskrankenkasse der Vorstand, bei einer Betriebskrankenkasse der Arbeitgeber, bei einer Innungskrankenkasse die Innung."

* **Mannheim,** 16. Okt. Der Stadtverwaltung wurde vom Ministerium des Innern mitgeteilt, daß die preußische Staatsregierung die Genehmigung zur Einfuhr von wöchentlich bis zu 100 Stück Schlachtrinder aus Holland für die Stadt Mannheim erteilt hat. Die Erlaubnis gilt vorläufig bis zum 10. November ds. Js. vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs bei Eintritt von Seuchengefahr.

* **Heidelberg,** 16. Okt. Nach einer Bekanntmachung des Stadtrats ist mit der hiesigen Metzgerinnung eine Vereinbarung getroffen worden, wonach der Preis des Ochsen- und Rindfleisches auf 92 Pf. für das Pfund festgesetzt wird.

* **Kork,** 16. Okt. Die Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische hält am Montag den 21. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Anstaltsgebäude eine Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Abhör der Jahresrechnung pro 1911. 2. Genehmigung des Voranschlags pro 1912. 3. Beschlußfassung über die Erweiterung der Anstalt.

* **Bühl,** 16. Okt. Frau General Isenbart hat anläßlich der bevorstehenden Einweihung des Kinderschulgebäudes bei der Gemeindeverwaltung die Gewährung eines Frühstücks bestehend aus Milch und Brot an die die Kinderschule besuchende Kinder in Anregung gebracht und sich zur dauernden Uebernahme der dadurch entstehenden erheblichen Kosten bereit erklärt. Der Gemeinderat hat dieses hochherzige Anerbieten für die Kinderschule mit aufrichtigem Dank angenommen

Gerichtszeitung.

Schwurgericht Karlsruhe.

§ **Karlsruhe,** 17. Okt.

7. Versuchte Notzucht.

Die Verhandlung des für heute nachmittag angesetzten Falles wurde gleichfalls in geheimer Sitzung durchgeführt. In der Anklagebank erschien der 42 Jahre alte Fabrikarbeiter Christian Josef Lück aus Linz a. Rh., um sich wegen Notzuchtsversuchs zu verantworten. Den Vorsitz führte wiederum Landgerichtsdirektor Dr. Reiß. Für die Staatsanwaltschaft war Staatsanwalt Dr. Hafner erschienen. Verteidigt wurde der Angeklagte durch Rechtsanwalt Willmann.

Dem schon vielfach, auch wegen des gleichen Verbrechens, dessen er heute beschuldigt ist, vorbestraften Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß er am Nachmittag des 3. September auf Gemarkung Bauschlott eine ältere Frau aus Bauschlott überfiel und an derselben ein Sittlichkeitsverbrechen zu verüben suchte.

Dieser Tatbestand, der Gegenstand der Anklage bildete, wurde durch die heutige Beweisaufnahme festgestellt. Die Geschworenen bejahten daher die Schuldfrage und billigten dem Angeschuldigten mildernde Umstände zu. Das daraufhin gegen Lück ergangene Urteil lautete unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft auf **1 Jahr 3 Monate Gefängnis** und 3 Jahre Ehrverlust.

Heidelberg, 17. Okt. Nach einer 4tägigen Verhandlung endigte heute mittag vor dem hiesigen Schöffengericht ein sensationeller Prozeß. Prof. Koch, der Gründer und Leiter des journalistischen Seminars in Heidelberg, hatte gegen den Nationalökonomen Prof. N. Weber Beleidigungsklage angestrengt, weil Prof. Weber nach einer Zeitungspolemik Prof. Koch in einem Briefe beschuldigt hatte, daß er über einen Kollegen falsche Dinge verbreitet hatte. Prof. Weber erhob hierbei gegen Prof. Koch den Vorwurf des Plagiats. Die Verhandlung endigte nun mit der bedingungslosen Zurücknahme der Klage.

t. **Freiburg,** 17. Okt. In eine Grube, die er einem andern aus häßlicher Rachsucht graben wollte, selbst gefallen ist der 34 Jahre alte Taglöhner Franz Xaver Kritzner aus Oos. Er war in Emmendingen in einer Ziegelei beschäftigt, dabei kam es an einem Sonntag zwischen ihm und seinen Nebenarbeitern wegen Benützung eines Zimmers zu Differenzen. Aus Aerger hierüber denunzierte K. den Taglöhner J. bei der Gendarmerie, dieser habe an einem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen begangen. Auf diese völlig aus der Luft gegriffene Behauptung hin wurde der unschuldige J. verhaftet und mußte einen halben Tag im Gefängnis zubringen. Nunmehr hat man den Spieß umgedreht, die Strafkammer verurteilte heute K. wegen falscher Anschuldigung zu 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

* **Konstanz,** 15. Okt. Die Schwurgerichtsverhandlungen begannen vorgestern mit der Anklage gegen den Landwirt A. Hof von Zizenhausen wegen Brandstiftung. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf Freisprechung erfolgte.

Dem Angeklagten A. Deggelmann, Schuhmacher aus Kottenau erging es weniger gut. Er erhielt wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen im Juli ds. Js. auf der Straße Eschelbach—Waldshut 5 Jahre Zuchthaus. Er leugnete die Tat und nahm das Urteil mit maßlosem Schimpfen auf Gericht und Zeugen auf. Einen als Zeugen vernommenen Gerichtsassessor aus Waldshut wollte er im Gerichtssaal anpacken; er konnte mit Mühe von den Gendarmen abgehalten werden.

Konstanz, 17. Okt. Das Schwurgericht verurteilte den Gerichtsvollzieher M. Storf von Langenbrücken, zuletzt in Schönau, wegen Amtsunterschlagung (2000 Mk.) zu 14 Monaten Gefängnis. Die Schuldfrage nach Urkundenfälschung wurde von den Geschworenen verneint.

„Mutterglück". Im kapitalistischen Staate, in unserer „göttlichen Weltordnung" ist der Begriff „Mutterglück" bei Tausenden von Frauen zur Phrase, zur Lüge geworden. Tausende von Frauen erschrecken, wenn ihnen zum Bewußtsein kommt, daß sie Mutter werden sollten. Sie erschrecken, nicht weil ihnen etwa vor den Gefahren einer Geburt bangt, sondern sie kommen in Sorge und Verzweiflung, weil sie fürchten, für das zu erwartende junge Wesen kein Brot zu haben, oder weil sie fürchten, in ihrer Existenz geschädigt zu werden. Allerdings ist auch groß die Zahl derjenigen Damen aus der „besseren" Gesellschaft, die aus Gründen der Bequemlichkeit nicht Mutter werden wollen. Präparate und Instrumente, die der Abtreibung der Leibesfrucht dienen, werden in Masse hergestellt und bilden einen profitablen kapitalistischen Produktionszweig. Nicht minder einträglich ist das Annoncieren dieser Präparate und Instrumente, trotz des § 216 des Strafgesetzbuches. Es sind gerade die patriotischen Blätter, die diese „Menstruationstropfen" und „Blutstockungsmittel" usw. geängstigten Frauen, die das Mutterglück fürchten, um teueres Geld anbieten.

An einer Nürnberger Strafkammer wurde dieser Tage ein gewissenloser Kerl, der „Heilmagnetiseur Karl Linde, der im „Nürnberger Generalanzeiger" sich zur Beseitigung von „Blutstockungen" und zur Massage empfahl und der Schwangere „behandelte", zu **2½ Jahren Zuchthaus** und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Eine Masseuse Wittmann, die ihm Kundinnen zuführte erhielt **1½ Jahre Gefängnis.** Ein Ingenieur Kallhofer aus München, ein vermögender Mann, der bei seiner Geliebten, einer armen Näherin, die Folgen seines Verhältnisses bei Linde durch eine „Operation" beseitigen ließ, erhielt **2 Monate Gefängnis.** Linde hatte weiter noch behandelt eine Balletteuse, die um ihre Existenz fürchtete, wenn sie Mutter wurde; eine arme Büglerin, die mit 15 Mk. Wochenverdienst bereits ein Kind unterhalten muß, wobei für sie zum Leben pro Woche nur 6,50 Mk. bleiben, wollte deswegen nicht ein zweites Mal Mutter werden; eine Köchin hätte ihre Stelle verloren und ging auch zu Linde; eine kranke Postschaffnersfrau wollte von dem dritten Kinde verschont werden; eine Musikersfrau, die seit vier Jahren lungenkrank ist und die wußte, daß, wenn sie das 13. Kind gebären sollte (12 hat sie bereits geboren), sterben müßte, kaufte sich bei Linde „Menstruationstropfen" und hatte sich wie die obigen, wegen eines Verbrechens gegen den § 218 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Mit Ausnahme von denjenigen Angeklagten, die das Mutterwerden fürchteten, wurden alle zu Gefängnisstrafen verurteilt; drei der Angeklagten wurden freigesprochen, weil ihnen der § 154 (Notstand) zugebilligt wurde. Linde verlangte für eine Behandlung bis zu 250 Mk. Der armen, ausgehungerten Büglerin nahm er 70 Mk. ab. Für wertlose Schwindelpräparate, die im Einkauf einige Pfennige kosteten, ließen sich Linde und die Wittmann bis zu 12 Mk. bezahlen. Subjekte dieser Art gehören energisch bestraft. Wenn man aber werdende Mütter, die wissen, daß ihnen die Geburt eines Kindes den Tod oder Schande und Elend bringt, und die — ihre Gesundheit und ihr Leben wagend — sich der Frucht entledigen, mit schweren Strafen ahndet, so ist dies deswegen unlogisch, weil derselbe Staat, der das kaum gezeugte, sich noch im Embryozustand befindliche Kind schützt, sich den Teufel darum schert, wenn Tausende von geborenen Kindern an Unterernährung dahinsiechen oder der Tuberkulose und anderen Volkskrankheiten zum Opfer fallen.

Genossenschaftsbewegung.

Mitwirkung der Konsumvereine bei der Bekämpfung der Teuerung. Die Konsumvereine tragen nicht nur dadurch durch ihre Tätigkeit zur Milderung von Notständen bei, indem sie sich bemühen, alle Lebensmittel tunlichst billig an ihre Mitglieder abzugeben, sondern sie versuchen auch, soweit das in ihren Kräften steht und im Rahmen ihrer Tätigkeit möglich ist, der gegenwärtig herrschenden Ausnahmeteuerung entgegenzuwirken. Das geschieht einmal dadurch, daß fast überall die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis, soweit irgend angängig, verringert worden ist, und ferner auch dadurch, daß man für bestimmte Massenartikel den Mitgliedern ungewöhnlich günstige Bedingungen zu schaffen versucht. So hat eine große Anzahl von Konsumvereinen den Bezug billiger Kartoffeln, billiger Kohlen und anderer Feuerungsmittel, billiger Gemüse und anderer im täglichen Haushalt unentbehrlicher Gegenstände organisiert. Größere Konsumvereine sind bereits im vorigen Jahre dazu übergegangen, Seefische in großen Quantitäten den Mitgliedern zum Einkauf anzubieten, und zwar zu wesentlich billigeren Preisen, als sonst üblich. Dieses dankenswerte Vorgehen hat Nachahmung gefunden. So hat beispielsweise die Berliner Konsumgenossenschaft die Zufuhr von Seefischen organisiert, die sehr billig abgegeben werden, noch billiger, als die von den städtischen Behörden vermittelten. Des weiteren macht die Berliner Konsumgenossenschaft den Versuch, die Behörden zu veranlassen, auch den organisierten Konsumenten die Wohltat nutzbar zu machen, die durch die Oeffnung der Grenzen für Fleisch und Vieh und die Gewährung von Ausnahmetarifen geschaffen wird. Sie hat an alle Gemeindebehörden Groß-Berlins das Ersuchen gerichtet, ihr den Fleischverkauf mit zu übertragen. Sie ist bereit, auf irgendwelches Geschäft bei dem Fleischverkaufe zu verzichten, da sie genau wie beim Fischverkauf ihren Mitgliedern lediglich für geringes Geld Ersatz für das teure inländische Fleisch geben will. Hoffentlich findet dieses lobenswerte Vorgehen die wohlverdiente Förderung durch die Behörden. Das ist nämlich durchaus wünschenswert, denn wie das Verhalten der Fleischermeister in Hamburg und anderen Orten zeigt, möchten diese, um in ihrem Erwerbe keinen Abbruch zu erleiden, die Konsumvereine nach Möglichkeit bei der Versorgung der Bevölkerung mit ausländischem Fleisch ausschalten. Es wäre bedauerlich, wenn ihnen das gelingen würde. Gerade die genossenschaftlich organisierten Konsumenten haben einen Anspruch darauf, daß ihnen auch in diesem Falle der Vorteil des zweckmäßig organisierten Warenbezugs zuteil werde. Die Stadtverwaltung zu Altona ist so verständig gewesen, dieser berechtigten Forderung der Konsumenten Rechnung zu tragen. Die von den städtischen Kollegien eingesetzte Teuerungskommission hat zu ihren Beratungen auch einen Vertreter des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion" hinzugezogen, ist also auf alle Fälle auch gewillt, diesen Konsumverein bei der Verteilung des billigeren Fleisches, das aus Dänemark bezogen werden soll, zu berücksichtigen. Selbstverständlich hat sich die „Produktion" bereit erklärt, falls Fleisch aus Dänemark eintreffen sollte, dieses unter den noch festzusetzenden Bedingungen in ihren Fleischerläden zu vertreiben. Es könnte sicherlich seitens der öffentlichen Organe zur Bekämpfung des herrschenden Notstandes noch manches geschehen, wenn die Behörden sich entschließen könnten, die absolut unbegründete Abneigung gegen die Organisationen der Konsumenten zu überwinden. All die bescheidenen Versuche, die heute von jener Seite aus unternommen werden, liefern den untrüglichen Beweis, daß dauernd Nützliches nur geleistet werden kann, wenn der Konsum nicht für den Augenblick, sondern eben für die Dauer organisiert wird. Es geht nun einmal nicht ohne Konsumorganisation. Wenn diese Einsicht in den beteiligten Kreisen Platz greifen würde, so wäre das ein Erfolg des gegenwärtigen Teuerungszustandes, der die Wirkungen desselben bis zu einem gewissen Grade erträglicher machen würde. Sache der organisierten Konsumenten wird es sein, überall mit der nötigen Energie auf diese Tatsache hinzuweisen und die Stadtvertretungen und sonstigen behördlichen Organe auf die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften aufmerksam zu machen, die bewußt und mit wachsendem Erfolg auf dem Gebiete tätig sind, auf dem die Behörden vorläufig nur die ersten tastenden Versuche machen.

Aus der Partei.

Ein Doppeljubiläum, den 50. Geburtstag und die 25jährige Parteitätigkeit in Ludwigshafen, kann unser Genosse Landtagsabgeordneter Bruno Körner in diesen Tagen feiern. Körner ist am 18. Oktober 1862 in Kayna bei Zeitz (Sachsen) geboren, besuchte die Dorfschule in Rohn (Thüringen), erlernte das Tischlerhandwerk und ging 1879 auf die Wanderschaft. Er arbeitete dann in Rheinland und Westfalen, trat hier der Sozialdemokratischen Partei bei und verfocht mit Eifer deren Bestrebungen. Im Jahre 1887 kam er nach Ludwigshafen, wo er sich bald eine führende Stellung in der Partei erwarb. 1889 verheiratete er sich mit seiner jetzigen Frau, mit der er seitdem in glücklicher Ehe lebt. Um sich der Partei völlig widmen zu können, gab er bald darauf das Schreinerhandwerk auf und übernahm die heute noch von ihm geführte Gastwirtschaft Mundenheimerstraße 256.

Möge Körner noch recht lange in Gesundheit und geistiger Frische seinem pfälzischen Wirkungskreis erhalten bleiben, und möge es ihm vergönnt sein, dort auch in Zukunft so schöne Erfolge miterleben zu dürfen, wie er sie in den 25 Jahren seiner bisherigen Tätigkeit zu verzeichnen hatte. Das ist wohl der schönste Wunsch, den wir ihm zu seinem 50. Geburtstag darbringen können.

Der sozialdemokratische Kandidat für Augsburg I. Die sozialdemokratische Partei in Augsburg hat für die auf den 25. November anberaumte Landtagsnachwahl an Stelle des tödlich verunglückten Abgeordneten Rollwagen den Schuhmachermeister und Gemeindebevollmächtigten Ludwig Rennor in Augsburg aufgestellt.

Zu einer eindrucksvollen Demonstration für den europäischen Frieden gestaltete sich die Volksversammlung, in der am Mittwoch abend im dichtgefüllten „Prinz Max"-Saale zu Heidelberg unser Reichstagsabgeordneter Dr. Frank über die gegenwärtige politische Lage sprach. Als der Redner auf die kriegerischen Balkanwirren und die Rolle zu sprechen kam, die die vereinigten europäischen Ohnmächte dabei spielten, bekundeten demonstrative Beifallskundgebungen der auch aus akademischen Kreisen zahlreich besuchten Versammlung, wie stark im Volke der Wunsch nach Erhaltung des Friedens ist, und wie wenig Anklang eine Politik fände, die nicht alles daran setzte, das Balkanfeuer wenigstens auf seinen Herd zu beschränken, nachdem sie seinen Ausbruch zu verhindern sich außerstande gezeigt hat.

Die scharfe Friedenskundgebung war eine wirkungsvolle Einleitung zu den Demonstrationsversammlungen, die demnächst auch im badischen Lande für den Weltfrieden veranstaltet werden sollen.

Die staatsgefährliche Grabrede. In Hemeldingen bei Bremen wurde vom Amtsgericht Achim ein Fabrikarbeiter mit 10 Mk. Strafe belegt, weil er beim Begräbnis eines Verbandskollegen einen Kranz mit einigen Abschiedsworten niedergelegt hatte und sich dadurch gegen das Vereinsgesetz vergangen haben sollte. Der Genosse hatte erst die Genehmigung des Gemeindevorstehers eingeholt. — Die Strafkammer in Verden kam als Berufungsinstanz zu einer Freisprechung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bulach, 18. Okt. Morgen Samstag abend ½9 Uhr spricht Genossin Fischer im sozialdem. Verein in der „Krone" hier. Die Genossen werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen; wir richten auch an unsere Bürgerausschußvertreter die Bitte, zu erscheinen. Auch die Volksfreundleser sind hierzu freundlichst eingeladen.

Bretten, 17. Okt. Kommenden Sonntag abend 8 Uhr findet hier im „Bad. Hof" eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Landtagsabg. Gen. Pfeiffle Bericht erstatten wird von der Tätigkeit des verflossenen Landtags. Die Genossen mögen für einen guten Besuch Sorge tragen.

Keir Hardie als Erbe. Wie eine Londoner Korrespondenz meldet, hat eine schottische Dame, Fräulein Jane Dennistoun Kippen, die am 18. April ds. Js. im Alter von 82 Jahren starb, ihr ganzes Vermögen zu gleichen Teilen dem Genossen Keir Hardie und den Mitgliedern der irischen Partei John und William Redmond vermacht. Die in Betracht kommende Summe beläuft sich auf 7600 Pfund Sterling (etwa 152 000 Mark). Aus dem öffentlichen Testament ist zu entnehmen, daß das Vermächtnis ein rein persönliches ist; die Erben werden nur verpflichtet, die Schulden der Dame zu zahlen, sowie auch die Beerdigungskosten. Ob die glücklichen Erben das Geld annehmen werden, ist noch nicht bekannt. Genosse Keir Hardie weilt augenblicklich in Amerika.

Quittung. Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

2. Von vier jungen marxistischen Akademikern in München 25,—. 3. Straßburg-Land 4. Qu. 100,33. Berlin A. P. Hansaviertel 3,—. 5. Köln Reg. W. 20,—. 7. VI. Hannov. Kr. 650,—. 9. Berlin W. 50, K T 30,—, Bezirk Nordbayern für 21 Kreise 4 Qu. (Amberg 33,40; Neumark i. O. 10,92; Neustadt a. W. N. 65,76; Hof 437,86; Bayreuth 439,12; Forchheim 147,98; Neuenburg v. W. 2,70; Kronach 104,20; Bamberg 172,16; Nürnberg 3331,10; Erlangen 989,—; Ansbach 336,72; Eichstätt 34,38; Dinkelsbühl 52,46; Rotenburg 39,36; Kitzingen 24,54; Neustadt a. S. 23,22; Schweinfurt 248,10; Würzburg 341,20; Aschaffenburg 118,74; Lohr 31,98). Sa. 7484,90. Dresden, 4. sächsischer Kreis a konto 1912/13 1500,—, Uebersch. des „Vorwärts" 2. Qu. 1912 83 722,40. 11. Falkenberg O.S. A. L. 3,—. 12. Berlin Dr. L A 100,—. 16. Zur Deckung einer Schuld von K. L. 5,—. Schlosser der Firma J. Scheibe, Britz 3,20. 23. Berlin, Abt. Maßschneider der Firma Peek u. Cloppenburg, Grünstraße, z. Parteitag 15,—. Chemnitz a konto 2000, —. 24. Berlin, Kollege der Firma Riebe, Kugellagerfabrik Weißensee z. Parteitag 20,05. 26. Hannover a konto 3000,—. 27. Berlin, Gesamtpersonal der Firma Sittenfeld u. Co., Heymanns Verlag, z. Parteitag 66,25; Bern. P. L. 50,—. 28. Berlin, Machetes 10,—; Knabe 3,—; M. Schw. 10,—; 30. Meske-Schlachtensee 10,—; Berlin, v. d. G. Grauertschen Koll. d. Gießerei-Abteilung 2 Alt-Stralau, z. Parteitag 29,35; A. B. 50,—; H. H. 50,—; Hennig-Argentinien 5,—; Hamburg I 5000,—; Hamburg II 5000,—; Hamburg III 25 000,—; Groß-Berlin a konto i. 8 Kr.: 15 000,—. Darunter: Lotterieverein „Immer Pech", Paseralker Str. 1 5,—, d. Vogel 1,—, Uebersch. v. Kaffeek. d. Frauen d. 12. Abteilung, 6 Kr. 6,—, Rutz d. Gosse 10,—, Pahr 10,—, A. B. Mister 1.—, Uebersch. d. Frauen d. 6. Abt. vom Kaffeek. 13,65, Bez. 517a 5,07, John, Hintze, Kirste 25,—, Ueberschuß d. Kaffeek. d. 15. Abt. 5,80, Uebersch. e. Geburtstagsbuketts in Chemnitz 3,—, Arbeiter d. Firma J. P. E. G. 2,50, Einsegnung Benthin 2,10. Aus der Sechserk. d. Fa. Müller, Alte Jakobstr. 78, 10,—. Werkstatt Rößler u. Schmidt, Kopernikusstr. 35, 30,—. Von d. Arbeitern d. Firma Ebenstein 20,—, Gutenberg 33,80. Tellersammlung vom 29. September i. d. „Germania" 127,15. Tellersammlung vom 29. Sept. im Stadttheater Moabit 168,73, Tellersammlung v. 29. Sept. i. d. Brauerei Königstadt 300,17, Tellersammlung v. 29. Sept. i. d. Concordia 184,26, Tellersammlung v 29. Sept. i. d. Neuen Welt 212,26.

Berlin, den 8. Oktober 1912.

Für den Parteivorstand:
Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerisch, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postscheckamt Berlin ein Postscheckkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postscheckkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postschalter Beträge bis 10 000 Mark portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 18. Oktbr.

Privatangestellte! Kollegen und Kolleginnen!

Nur noch zwei Tage trennen uns von dem Termin der **Vertrauensmännerwahlen zur Angestelltenversicherung.** Jetzt gilt es, alle Kräfte anzuspannen und mit Liebe und Freude an die Wahlarbeit zu gehen und uns Adressen nahestehender wahlberechtigter Kollegen und Kolleginnen **unverzüglich** mitzuteilen. Auf jede einzelne Stimme kommt es an! Wahlausweis ist die Versicherungskarte, die noch auf dem Rathaus, Zimmer 34, zu haben ist.

Auch wir wollen, wie unsere Mainzer Kollegen, am kommenden Sonntag, 20. Oktober, siegreich dastehen.

Wahlzeit vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

Stimmbezirke:

1. Für die Stadt Karlsruhe: Stimmbezirk A, umfassend das Stadtgebiet westlich der Fröbel-, Scheffel-, Koch-, Weber- und Roggenbachstraße einschließlich der Westseiten dieser genannten Straßen und der Vororte Grünwinkel und Daxlanden. — Stimmbezirk B, umfassend das Gebiet zwischen den Ostseiten der Fröbel-, Scheffel-, Koch-, Weber- und Roggenbachstraße und den Westseiten der Karl-Friedrichstraße und Ettlinger Straße einschließlich Beiertheim und Rüppurr. — Stimmbezirk C, umfassend das Gebiet östlich der Karl-Friedrich- und Ettlinger Straße einschließlich der Ostseiten dieser Straßen und des Vororts Rintheim.

2. Für den Landbezirk Karlsruhe: Stimmbezirk D, umfassend sämtliche Gemeinden des Amtsbezirks mit Ausnahme der Stadt Karlsruhe.

Gewählt wird: Für Stimmbezirk A in der Turnhalle der Gutenbergschule, Eingang Nelkenstraße; für Stimmbezirk B in der Turnhalle der Leopoldschule, Leopoldstraße; für Stimmbezirk C in der Turnhalle der Schillerschule, Kapellenstraße; für Stimmbezirk D im Rathaus Eggenstein.

Gehen Sie bitte so frühzeitig wie möglich zur Wahl und vergessen Sie ja nicht als Ausweis Ihre Versicherungskarte.

Der grundsätzliche Kampf unserer Gegner — sämtliche dem Hauptausschuß angeschlossenen Verbände — wird bei ihnen zu einer würdelosen Jagd nach Mandaten; daher keine Stimme diesen schnöden Preisgebern der Rechte der Mitglieder. Nur die Liste H der **Freien Vereinigung,** der unser Verband korporativ angeschlossen ist, bürgt für gute Interessenvertretung der Wähler.

Ortsgruppe Karlsruhe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen.

*

Heute Freitag abend findet um ½9 Uhr

öffentliche Wählerversammlung

statt im Saal 3 der Brauerei Schrempp, Waldstr. 16/18. Herr Ing. Gramm spricht über: „Hauptausschuß oder Freie Vereinigung?" Erscheint daher in Massen in dieser Versammlung.

Es gilt, noch einmal Stellung zu nehmen gegenüber all den unwahren Behauptungen und Verleumdungen unserer Gegner. Darum auf in diese Versammlung!

Fleischabschlag.

Der Stadtrat gibt bekannt, daß im Einverständnis mit der Metzgerinnung folgende Fleischpreise festgesetzt sind: Rindfleisch 84—86 Pf., Ochsenfleisch 86—90 Pf., Schweinefleisch 84—96 P. pro Pfund. Das bedeutet einen Fleischabschlag von 10 Pf. pro Pfund.

Gesangverein „Vorwärts".

Auch an dieser Stelle sei nochmals auf das morgen Samstag abend halb 9 Uhr in der Festhalle (großer Saal) stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht. Die Freunde des Arbeitergesangs werden sicher auf ihre Rechnung kommen, da sowohl die Leistungen des festgebenden Vereins, wie auch die engagierten Solisten für einen vergnüglichen Kunstgenuß bürgen.

Der Bildungsausschuß

wird am 26. ds. Mts. hier im oberen Saale der „Karlsburg", Akademiestraße, die 200jährige Wiederkehr des Geburtsjahres von Jean-Jacques Rousseau feierlich begehen. Die Festrede wird der allbekannte Züricher Parteiveteran, Dichter und Hochschullehrer Robert Seidel halten. Der Gesangverein „Harmonie" wird durch seine Vorträge die Feier besonders weihevoll gestalten. Die Feier beginnt abends 8½ Uhr. Zur Deckung der Kosten werden am Eingang Karten zu 10 Pfg. das Stück abgegeben. Die mitwirkenden Sänger haben freien Eintritt.

Die Arbeiterschaft darf Rousseau als einen der ihrigen ansprechen. Den Gedanken der Volkssouveränität, auf dem die moderne Demokratie beruht, hat keiner vor oder nach ihm so tief begründet und so wirksam formuliert, wie er. Soweit Ideen den Gang der großen demokratischen Umwälzung Frankreichs in den Jahren 1789 bis 1793 beeinflußten, entsprangen sie vorwiegend seinem Geiste. Seine Schriften lieferten den Führern dieser Bewegung das geistige Rüstzeug und schufen die Fundamente der in jenen Jahren und später entstandenen demokratischen Verfassungen.

Rousseau war aber auch im eigentlichen Sinne Sozialist, soweit die Voraussetzungen für den Sozialismus überhaupt gegeben waren in jener vorkapitalistischen Periode, der er angehörte.

„Rückkehr zur Natur" war das Leitmotiv aller seiner Werke. Dieser Ruf bedeutet aber im Grunde nichts anderes, als einen flammenden Protest gegen das in Verschwendung, Genußsucht und Ausbeutung der Massen aufgehende Treiben der herrschenden Klassen seiner Zeit und gegen die auf dieser Grundlage entsprossene, die Politik, das gesellschaftliche Leben, Kunst und Literatur vergiftende Scheinzivilisation und Unkultur.

So darf die moderne Arbeiterbewegung in ihm ihren Lehrmeister sehen und so ist auch Rousseau in hervorragendem Maße geeignet, gerade unseren Bildungsbestrebungen die Richtung zu weisen. Aber noch in einem spezielleren Sinne war Rousseau Sozialist. Schon eine seiner ersten Schriften, erschienen im Jahre 1754, trägt den Titel: „Abhandlung über den Ursprung und die Fundamente der Ungleichheit unter den Menschen". Aus dieser Schrift sei zum Schluß nur ein Satz zitiert, den nur ein Sozialist geschrieben haben kann:

„Der erste, der ein Stück Land einzäunte und es für sein ausschließliches Eigentum erklärte, und der Leichtgläubige fand, die töricht genug waren, seinem Anspruch Gehör zu geben, ist der wahre Begründer der Gesellschaft."

Man darf erwarten, daß diese Veranstaltung sich eines lebhaften Besuches erfreuen wird. Um ihn nach Kräften zu fördern, ergeht an die Gewerkschaften und Arbeitervereine die dringende Bitte, den Abend von anderen Veranstaltungen freizuhalten.

Der Jahresbericht der Armenverwaltung der Stadt Karlsruhe 1911.

IV.

Hier ist auch ein Wort darüber zu sagen, wie die Beaufsichtigung der Pflegekinder auf dem Lande durch den Armen- und Waisenrat Karlsruhe am zweckmäßigsten geschieht. Es ist nach dem Beispiel verschiedener anderer Armenverwaltungen schon vorgeschlagen worden, die Tätigkeit des oder der Referenten für Kinderpflege dadurch zu ergänzen, daß in jeder einzelnen Landgemeinde selbst eine geeignete Persönlichkeit mit der ständigen Ueberwachung der Pflegekinder offiziell beauftragt wird. Dieser Vorschlag hat etwas Bestechendes, und doch sind wir überzeugt, daß für die Sache selbst damit wenig oder gar nichts gewonnen wäre. Denn wer schon Gelegenheit hatte, häufige und tiefe Blicke in die besondere Art des Verhältnisses, in dem in den Landgemeinden die einzelnen Familien und ihre Glieder sehr häufig zueinanderstehen, zu tun, wird sich sagen, daß eine unparteiische Beurteilung von Zuständen und Vorkommnissen, sowie eine gerechte und wirksame Beeinflussung von seiten einer Persönlichkeit, die durch so und so viele Fäden mit den Familien des Ortes selbst verknüpft ist, nicht eben häufig erwartet werden dürfte. Dagegen steht der dem Armen- und Waisenrate der Stadt angehörende Referent für Kinderpflege den Verhältnissen und Personen im Orte, in den Gemeinden, wo Kinder untergebracht sind, durchaus frei und unabhängig gegenüber. Er benützt selbstverständlich gern als willkommene Hilfe alles das, was ihm von Persönlichkeiten der Landgemeinden, Geistlichen, Lehrern, zuweilen auch Gemeindebehörden, und auch von Privatpersonen im Interesse der Pflegekinder mitgeteilt wird, wobei allerdings nicht verschwiegen werden darf, daß wenigstens gegenüber den von letzterer Seite kommenden Mitteilungen Kritik und große Vorsicht aus leichtverständlichen Gründen notwendig ist. Der Berichterstatter benützt übrigens gern die Gelegenheit, hier denjenigen Geistlichen, Lehrern und Privatpersonen, die in wohlmeinender Weise an der Unterbringung unserer Pflegekinder Interesse bekundet haben, den verdienten Dank der Armenverwaltung abzustatten.

Wir sind weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß die Unterbringung in jedem einzelnen Falle die denkbar beste sei; auch in der Wahl der Pflegefamilien geschehen zuweilen Mißgriffe, die auf diesem Gebiete ebenso gut möglich sind, als auf irgend einem andern Gebiete, wo es gilt, Beziehungen irgend welcher Art mit Menschen anzuknüpfen; immer liegt die Möglichkeit eines Irrtums in der Beurteilung menschlicher Verhältnisse oder gar menschlicher Charaktere vor. Doch wird eine längere Erfahrung bei sorgfältiger Prüfung wenigstens grobe Irrtümer und Täuschungen immer sicherer ausschließen oder doch seltener machen. Gewiß erfordert die Wahl der Pflegeeltern auch darum erhöhte Sorgfalt und Vorsicht, weil für den gewünschten Enderfolg der Unterbringung viel davon abhängig, daß ein gemütliches Verhältnis zwischen Pflegekind und Pflegeeltern zustande kommt, wozu aber eine längere Dauer des Pflegeverhältnisses erforderlich ist.

Es gehört sicher zu den erfreulichsten Erscheinungen auf dem Gebiete des Pflegekinderwesens, wenn ein Pflegekind noch lange Jahre, nachdem das offizielle Pflegeverhältnis durch Eintritt in eine Lehrstelle oder in Berufsarbeit sein Ende gefunden hat, dem Hause, das ihm zur zweiten Heimat oder vielleicht zur ersten rechten Heimat geworden ist, Anhänglichkeit und Dankbarkeit bewahrt und immer wieder gern dahin zurückkehrt.

Der körperliche Gesundheitszustand, der auf dem Lande untergebrachten Kinder ist im allgemeinen recht befriedigend zu nennen; schwere Erkrankungen oder längeres Siechtum gehören zu den ganz seltenen Erscheinungen und wo doch einmal derartiges auftrat, durfte es als ein angeborenes Uebel oder als eine langwierige Folgeerscheinung der übeln Verhältnisse angesehen werden, aus denen das Kind stammte. Was die geistige, speziell die intellektuelle Entwicklung der Pflegekinder auf dem Lande angeht, so muß ausgesprochen werden, daß manch eines der in Rede stehenden Kinder durch die traurigen Verhältnisse, die seine Wegnahme aus dem elterlichen Hause notwendig gemacht haben, oder aus physiologischen Ursachen, wenn etwa der Vater ein Trinker war, mehr oder weniger große dauernde Schädigung seiner Psyche, besonders beträchtliche Minderung der natürlichen Verstandeskräfte davongetragen hatte, und daß bei solchen Kindern die Schulbildung, die ihnen vermittelt werden kann, nur eine mäßige, zuweilen sogar eine sehr geringe ist; es darf aber auch ausgesprochen werden, daß die meisten Pflegeeltern es für ihre Pflicht halten und demgemäß ehrlich bemüht sind, die ihnen anvertrauten Kinder auch in ihrer Schulbildung durch unermüdliche Hilfe nach Kräften vorwärts zu bringen.

Die Pflegeerziehung erreicht bei den Mädchen im allgemeinen mit dem Zeitpunkt der Schulentlassung ihr Ende; doch sind die Fälle nicht selten, wo Mädchen noch etwa ein Jahr über die unterste Grenze ihrer Schulpflichtigkeit hinaus in ihrer Pflegestelle belassen oder auch einer Haushaltungsschule — in der Regel kommt die Haushaltungsschule Scheibenhardt in Betracht, die von dem (Zwangs-)Erziehungsasyl Scheibenhardt wohl zu unterscheiden ist — übergeben werden, um dort noch weitere körperliche Kräftigung oder geistige Ausbildung zu finden, ehe sie vor die Aufgabe gestellt werden, etwa in einer Dienststelle selbst ihr Brot zu verdienen. Die Knaben dagegen werden nach ihrer Schulentlassung in einer Lehrstelle untergebracht, die ihrer Anlage, Befähigung und persönlichen Neigung entspricht, wobei einerseits auch jeder Schein eines Zwanges zu einem unerwünschten Berufe aufs sorgfältigste vermieden und anderseits in einzelnen Fällen auch ein größerer Aufwand für Lehrgeld und Unterhaltungskosten nicht gescheut wird, wo eine besondere Begabung einen besonderen Aufwand rechtfertigt, und sie unterstehen bis zur erfolgreichen Beendigung ihrer Lehrzeit ganz in derselben Weise, wie während ihrer Schulzeit und vor derselben der materiellen und ideellen Fürsorge des Armen- und Waisenrats.

Der Bericht kann dieses Thema nicht verlassen, ohne noch ein besonderes Wort von den Hindernissen und Schwierigkeiten zu sagen, die sich der in ihren Grundzügen geschilderten Arbeit an den Pflegekindern entgegenstellen. Diese Hindernisse und Schwierigkeiten liegen hauptsächlich in dem unglaublich geringen Maß von Verständnis, das einzelne Gemeindebehörden, weltliche und geistliche, auch einzelne Schulen der in Rede stehenden Arbeit und ihrer eminent großen sozialen und humanitären Bedeutung entgegenbringen. Unter ganz törichten und ungerechtfertigten Vorwänden suchen einzelne Behörden von Landgemeinden die Unterbringung von Pflegekindern in Familien ihrer Gemeinden zu verhindern, während doch schon die fundamentalsten Vorschriften unserer Gesetzgebung jedem Deutschen in Stadt und Land das Recht geben, seinen Wohnsitz zu nehmen, wo er will. Eine zu große Anhäufung von Pflegekindern in einer und derselben Gemeinde wird von der Armenverwaltung schon um des Werkes selbst willen vermieden, und damit wird auch die Befürchtung hinfällig, daß durch die Zahl der in einer Gemeinde untergebrachten Pflegekinder jene in die Notwendigkeit versetzt werde, an ihrer Schule weitere Lehrkräfte anstellen oder gar neue Schulhäuser bauen zu müssen!

Die Armenverwaltungen dürfen wohl erwarten, daß die Staatsregierung selbst einmal sich dieser Sache annehme, indem sie den weltlichen und kirchlichen Ortsbehörden, aber auch den Schulleitungen und dem Lehrpersonal der Landgemeinden nachdrücklich zu erkennen gibt, daß die Unterbringung und Erziehung von städtischen Pflegekindern in Landgemeinden für eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse zu gelten habe."

Roald Amundsen. „Meine Reise zum Südpol". Heute Freitag findet der bereits angekündigte Vortrag von Roald Amundsen über seine Reise zum Südpol mit Lichtbildern und kinematographischen Aufnahmen statt. Der berühmte Forscher ist bereits in unserer Stadt eingetroffen. — Karten in beschränkter Anzahl bei Fr. Doert, Hofmusikalienhandlung und an der Abendkasse.

Unfall. Zu unserem gestrigen Bericht über den Absturz eines 14jährigen Knaben aus dem 4. Stockwerk teilt uns der Vater des verunglückten Knaben mit, daß es nicht richtig sei, daß derselbe mit Wäscheaufhängen beauftragt worden ist; der Unfall selbst also darauf nicht zurückgeführt werden kann.

Diebstähle. Zweihundert Mark (4 Fünfzigmarkscheine) kamen vom 14. bis 17. Oktober in der Westendstraße auf unaufgeklärte Weise abhanden. — Am 16. Oktober stahl ein Unbekannter in der Wirtschaft zum „König von Preußen" eine schwarzlederne Tasche mit einer Anzahl Quittungen zum Einkassieren von 250—300 Mk. Prämiengelder.

Zum türkisch-italien. Friedensschluß.

Eine Proklamation des Sultans.

Rom, 17. Okt. Die Proklamation des Sultans an die Bevölkerung Tripolitaniens und der Cyrenaika hat folgenden Wortlaut:

„Da meine Regierung sich einerseits in der Unmöglichkeit befindet euch die wirksame Hilfe zu bringen, die erforderlich ist, um euer Land zu verteidigen, da sie anderseits um euer gegenwärtiges und zukünftiges Wohlergehen besorgt ist und die Fortsetzung des für eure Familien verhängnisvollen und für unser Reich gefährlichen Krieges vermeiden will, und da sie die Absicht hat, in eurem Lande Friede und Wohlfahrt wieder aufleben zu lassen, verleihe ich euch kraft meiner Herrscherrechte die volle und ganze Autonomie. Euer Land wird nach einem neuen Gesetze und nach besonderen Verordnungen regiert werden, an deren Ausarbeitung wir durch euren Rat mitwirken werden,

damit sie euren Bedürfnissen und Gewohnheiten entsprechen. Ich ernenne zu meinem Vertreter bei euch meinen treuen Diener Chemsoddin Bey, den ich mit dem Schutze der osmanischen Interessen in eurem Lande beauftrage. Das Mandat, das ich ihm übertrage, hat eine Dauer von 5 Jahren. Nach dieser Frist behalte ich mir vor, sein Mandat zu erneuern oder einen Nachfolger zu bestellen. Da es unsere Absicht ist, daß die Bestimmungen des Scheriatgesetzes dauernd in Kraft bleiben, behalten wir uns zu diesem Zweck die Ernennung eines Kadi vor, der seinerseits gemäß den Vorschriften des Scheriat die Naifs aus den Reihen der örtlichen Ulemas ernennen wird. Die Bezüge des Kadi werden von uns bezahlt, die unseres Vertreters sowie die des Scheriats werden aus den örtlichen Einkünften entnommen werden.

Ein italienischer Erlaß.

Rom, 17. Okt. Amtlich wird folgender Erlaß hinsichtlich des Gesetzes vom 25. Februar 1912, der Tripolitanien und die Cyrenaika in vollstem Umfange unter die Oberherrschaft des Königreiches Italien stellte, zu dem Zweck veröffentlicht, um die Pazifikation der genannten Provinzen durchzuführen:

Artikel 1: Vollständige Amnestie wird den Bewohnern von Tripolitanien und der Cyrenaika gewährt, die an den Feindseligkeiten teilgenommen haben und sich aus Anlaß dieser Feindseligkeiten bloßgestellt haben, soweit es sich nicht um gemeine Verbrechen handelt. Daher wird keine Person, welcher Klasse und Lebensstellung sie auch angehören mag, verfolgt oder in ihrer Person, ihrem Eigentum oder in der Ausführung ihrer Rechte gestört werden wegen von ihr begangener politischer oder militärischer Handlungen oder während der Feindseligkeiten von ihr geäußerter Meinungen. Die Personen, die aus diesem Grunde sich in Haft befinden oder deportiert worden sind, werden sofort in Freiheit gesetzt.

Artikel 2: Die Einwohner Tripolitaniens und der Cyrenaika werden, wie in der Vergangenheit, so auch weiterhin vollständige Freiheit in der Ausübung des muselmanischen Kultus genießen. Der Name S. K. Majestät des Sultans als des Kalifen wird weiter in den öffentlichen muselmanischen Gebeten erwähnt werden und seine Vertretung wird in einer von ihm ernannten Person anerkannt. Die Einkünfte dieses Vertreters werden aus den lokalen Eingängen bestritten werden. Die Rechte der frommen Stiftungen werden wie in der Vergangenheit respektiert und die Muselmanen werden in keiner Weise behindert werden in ihren Beziehungen zu ihrem religiösen Oberhaupt, dem sogenannten Kadi, dessen Ernennung durch den Scheik ul Islam erfolgt und zu den Naifs, die von dem Kadi ernannt werden sollen und deren Einkünfte ebenfalls aus den lokalen Eingängen bestritten werden sollen.

Art. 3: Der genannte Vertreter wird auch beim Schutz der Interessen des ottomanischen Staates und der ottomanischen Untertanen, soweit sie in den beiden Provinzen nach dem Gesetz vom 25. Februar 1912 verblieben, anerkannt werden.

Art. 4: Durch ein anderes Dekret wird eine Kommission ernannt werden, an der auch die Notabeln der Eingeborenen teilnehmen sollen, um für die beiden Provinzen zivil- und verwaltungsrechtliche Maßnahmen vorzuschlagen, die auf liberalen Prinzipien beruhen und lokale Sitten und Gebräuche respektieren. Das Dekret ist vom König in San Rossowo am 17. Oktober 1912 gezeichnet und von sämtlichen Ministern gegengezeichnet worden.

Der Krieg auf dem Balkan.

Ein Fachmann über die militärische Lage.

London, 17. Okt. In einer von fachmännischer Seite stammenden Würdigung der militärischen Lage kommt die „Times" zu dem Ergebnis, daß die bulgarische Hauptarmee in ihrer Bewegung auf Adrianopel langsam der Grenze näher komme. Diesen Vorstoß unternehme Bulgarien nicht allein, denn Teile der serbischen Armee, besonders Kavallerie, würden gemeinsam mit den Bulgaren operieren. Bulgariens Interesse erfordere einen raschen Angriff, weswegen die Verzögerung befremden müsse. Möglicherweise verhinderten die vorgerückte Jahreszeit und der Charakter der bulgarischen Truppen, die Massen von ungeübten Leuten enthielten, ein rascheres Vorgehen. Die Türken glauben nach der Auffassung des englischen Fachmannes jedenfalls nicht an einen sofortigen Zusammenstoß, da der Oberbefehlshaber Nazim Pascha noch nicht zur Front abgegangen sei. Viele hohe türkische Offiziere seien jung, doch habe die Türkei früher gerade mit jungen Generalen ihre größten Waffentaten vollbracht. Das Blatt verzeichnet Zweifel an der Qualität der serbischen Armee, deren Führer für untauglich gehalten werden. Auch würden ungünstige Meinungen über die physische Beschaffenheit der serbischen Mannschaften sehr offen ausgesprochen. Den Montenegrinern dürfte trotz ihrer bisherigen Erfolge der Vormarsch auf Skutari und dessen Eroberung recht schwer werden.

Kriegserklärung der Türkei.

Konstantinopel, 17. Okt. Die Pforte erteilte soeben den Befehl, daß die Truppen gegen Serbien und Bulgarien sofort vorwärts marschieren sollen. Das bedeutet die Kriegserklärung.

Konstantinopel, 17. Okt. In der heute vormittag um 9 Uhr den Gesandten Serbiens und Bulgariens überreichten Note erklärt die Pforte: Die bulgarische und serbische Note ist eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei und die Mobilisierung der beiden Staaten und die täglichen Scharmützel haben den Frieden weiterhin unmöglich gemacht. Die Gesandten werden daher aufgefordert, das türkische Gebiet sofort zu verlassen. — Dies wird als eine Kriegserklärung betrachtet.

Der Vormarsch der Türken.

Konstantinopel, 17. Okt. Die Reservedivisionen von Erzerum, Erzingjan und Baiburt in der Nähe der russisch-türkischen Grenze, die bis jetzt von der allgemeinen Mobilisierung nicht betroffen wurden, erhielten den Mobilisierungsbefehl. — Der Kriegsminister soll am Samstag nach Adrianopel reisen, um das Oberkommando zu übernehmen. Die Kriegsmaterialtransporte werden von hier fieberhaft fortgesetzt. Lange Reihen von Reservisten, die aus der Provinz eintreffen, durchziehen jubelnd die Straßen.

London, 17. Okt. Wie dem Reuterschen Bureau aus Konstantinopel gemeldet wird, haben heute vormittag 2,32 Uhr die Feindseligkeiten an der serbischen und bulgarischen Grenze begonnen.

Konstantinopel, 17. Okt. Der Marineminister und Brigadegeneral Mahmud Muktar Pascha, welcher das Kommando der Division in Kirkkilisse übernahm, soll unverzüglich abreisen. Der Bautenminister General Salih leitet interimistisch das Marineministerium. Es scheint sich zu bestätigen, daß der Exsultan Abdul Hamid sofort nach dem Ausbruch des Krieges nach Konstantinopel übergeführt wird. Er soll in einem bei dem abgebrannten Palais in Tschiragen gelegenen Ufergebäude untergebracht werden. Die Ueberführung soll angeblich notwendig sein, um einem etwaigen Versuch der Albanesen vorzubeugen, bei dem Passieren Saloniks nach der türkisch-griechischen Grenze Abdul Hamid zu befreien. Es verlautet, daß der Exsultan aus diesem Anlaß drei Millionen für die Armee in Aussicht stellte.

Serbisch-türkische Kämpfe.

Belgrad, 17. Okt. Nach heute mittag eingelangten amtlichen Berichten drangen gestern früh türkische Truppen bei Merdare in serbisches Gelände ein und brannten auf der Höhe von Prepolac ein serbisches Blockhaus und mehrere Bauerngehöfte nieder. Die serbischen Truppen eröffneten ein Geschützfeuer und schlugen im Laufe des Tages die Türken zurück, wobei diese 200 Tote hinterließen. Auf der serbischen Seite wurden 10 Mann getötet und 40 verwundet. Heute nahmen die Türken erneuerlich den Kampf auf.

Aus Serbien.

Belgrad, 17. Okt. Nach Privatmeldungen drangen Arnauten bei Prepolatz auf serbisches Gebiet. Die serbischen Truppen empfingen sie mit Geschützfeuer und streckten 200 Mann nieder. sie selber hatten 10 Tote.

Konstantinopel, 17. Okt. Der Albanesenführer Issa Boljetinaz ist in Serbien eingedrungen.

Der Vorstoß Montenegros.

Podgoritza, 17. Okt. Im Kampfe um Berane verloren die Montenegriner 40 Tote und 31 Verwundete.

Paris, 17. Okt. Die „Agence Havas" meldet aus Konstantinopel, daß die Türken bei Podgoritza einen großen Sieg über die Montenegriner davongetragen und mehrere Geschütze erbeutet haben.

London, 17. Okt. „Daily Telegraph" berichtet aus Podgoritza: Die montenegrinischen Truppen unter Befehl des Generals Wutkowitz begegnen sehr ernsten Hindernissen. Türkische Gebirgstruppen, unterstützt von Artillerie, leisten ernsten Widerstand. Ueber 2000 Mann aktive türkische Truppen und Reservisten sind eingetroffen und unterstützen die türkische Garnison. General Martinowitsch ist es gelungen, eine Stellung unweit des Forts von Tarbont zu besetzen und dort Geschütze aufzustellen. Die Beschießung hat nunmehr begonnen. Es wird jedoch schwer halten, die Stellung zu erobern. Die montenegrinischen Soldaten legen große Tapferkeit an den Tag.

Einnahme von Berane.

Podgoritza, 17. Okt. Die Montenegriner haben nach zweitägigem Kampfe Berane genommen. Sie machten 700 Gefangene und erbeuteten 14 Geschütze.

Podgoritza, 17. Okt. Die Einnahme der Stadt Berane erfolgte gestern mittag. Der Einzug der Truppen unter General Wukotitsch wurde von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Außer 14 unbeschädigten Kruppschen Feldkanonen ließen die Türken viel Munition und anderes Kriegsmaterial sowie Proviant für 2 Monate zurück.

Griechenland und die Türkei.

Athen, 17. Okt. Das Marineministerium teilt mit, daß die Kanonenboote A und D heute früh um 2½ Uhr in der Meerenge von Prevesa und Aktium eingedrungen und um 4½ Uhr vor Vonitza eingetroffen seien. Es gelang den Türken trotz der zahlreich vorhandenen Sperrforts nicht, die Durchfahrt zu verhindern.

Die Revolution auf Samos.

Athen, 17. Okt. In Samos fanden nach Besetzung der Hauptstadt Wathy durch die Aufständischen unter Sofulis allgemeine Wahlen zum Parlament statt, das über die neuen Grundgesetze der Insel und deren Unterstellung unter die Protektion der Schutzmächte beraten sollte. Die französischen und russischen Okkupationstruppen verhinderten den Zusammentritt des Parlaments. Die neue samische Regierung beabsichtigt, die Republik auszurufen.

Rußland und Oesterreich einig.

Petersburg, 17. Okt. Die „Nowoje Wremia" erhält ein Telegramm aus diplomatischer Berliner Quelle, das besagt, Oesterreich-Ungarn habe sich mit Rußland in der Sandschak-Frage vollständig geeinigt und allen Mächten in verbindlicher Form erklärt, daß es nur an die Aufrechterhaltung des Status quo im Sandschak denke. Infolgedessen besitze Oesterreich nunmehr das Recht, den Sandschak militärisch zu besetzen, sobald es durch die Anwesenheit serbischer oder montenegrinischer Truppen einen Grund hierfür erblicke. Diese Besetzung würde es bis zu Ende des Krieges aufrecht erhalten, um das Gebiet dann an die Pforte zurückzugeben.

Die Kriegserklärung Serbiens.

Belgrad, 17. Okt. Nachmittags übermittelte die serbische Regierung ihrem Gesandten in Konstantinopel die Kriegserklärung an die Türkei und notifizierte sie den Großmächten.

Athen, 18. Okt. Die „Agence Athen" meldet: Serbien hat der Türkei zuerst den Krieg erklärt. Bulgarien folgte. Griechenland, das sich von seinen Verbündeten nicht absondern will, hat den Gesandten in Konstantinopel beauftragt, der Pforte die Kriegserklärung zu übermitteln, indem sie gleichzeitig den verbündeten Nationen brüderlichen Gruß übersendet.

Athen, 18. Okt. Der türkische Gesandte ist mit dem Personal der Gesandtschaft gestern abend nach Konstantinopel abgereist.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratische Interpellationen in der bayerischen Kammer.

München, 17. Okt. In der 2. Kammer wurden heute von der sozialdemokratischen Fraktion zwei Interpellationen eingebracht. Die eine fragt die Regierung an, ob sie Schritte zur Einberufung des Bundesratsausschusses für **auswärtige Angelegenheiten getan habe**, um dem Leiten der auswärtigen Politik Gelegenheit zu geben, sich über die internationale Lage zu äußern. Die andere Interpellation fragt die bayerische Regierung an, ob sie an zuständiger Stelle eine **frühere Einberufung des Reichstages** mit Rücksicht auf die gesamte Lage **angeregt** habe.

Der Landtags-Wahltermin in Württemberg.

Stuttgart, 17. Okt. Die Wahlen zur württembergischen Abgeordnetenkammer finden nach einer amtlichen Bekanntmachung am Samstag, den 16. November, statt; auch die Wahl der 6 Proporzabgeordneten der Stadt Stuttgart erfolgt an diesem Tage. Der zweite Wahlgang für die Bezirkswahlen findet am Freitag, den 29. November, statt.

Neue Kämpfe der Franzosen in Marokko.

Paris, 17. Okt. Wie aus Casablanca gemeldet wird, wurde die Kolonne Gueydon auf dem Marsche durch das Tadlagebiet von mehreren Stämmen angegriffen. Die Marokkaner erlitten ernste Verluste. Auf französischer Seite wurden zwei Mann getötet und sieben verwundet.

Einmarsch russischer Truppen in Persien.

Teheran, 17. Okt. Die Zahl der Truppen, die Rußland nach Aserbeidschan zu entsenden beabsichtigt, soll etwa 3000 Mann betragen. In gewissen Kreisen glaubt man, daß die Entsendung weniger im Hinblick auf die erneuten Unruhen der Fidais und Kurden erfolgt, sondern weil Rußland die Balkankrise benützen will, um den türkischen Uebergriffen auf persisches Gebiet Einhalt zu tun. Man ist in Sorge vor Sal ed Dauleh, der über Kum nach Teheran vorgehen soll. Die Regierung hat den Generalschatzmeister ersucht, ihr die Mittel für die nötigen Maßnahmen zu beschaffen.

Geschäftliches.

Wir verweisen unsere Leser auf den unserer heutigen Nummer beiliegenden Prospekt des Hamburger Kaffee-Import-Geschäftes Emil Tengelmann, welches auch hier am Platze eine Niederlage unterhält. Am morgigen Tage bietet sich unseren Hausfrauen eine besonders günstige Einkaufs-Gelegenheit, da sie beim Einkauf von Waren im Betrage von mindestens einer Mark (siehe Prospekt erste Seite) einen Probebeutel von Tengelmanns Kakao gratis erhalten. Auch auf den übrigen Inhalt des Prospektes, Preisverzeichnisse über Kaffee, Tee, Biskuits und Zuckerwaren sei ausdrücklich hingewiesen. 2122

Wegen der Aufnahme von Inseraten adressiere man stets: Expedition des „Volksfreund". Die Redaktion hat mit dem Inseratenwesen nichts zu tun.

Nur Freitag Samstag Sonntag **Extra-Preise** Nur Freitag Samstag Sonntag

für 2537

Schuhwaren

Kinder-Stiefel 3.95
Ia. Rindbox br. Formen 31/35 4.45, 27/30

Damen-Stiefel 6.75
Ia. Rindbox, extra bequem . . . . . .

Damen-Stiefel 7.50
Chevreaux mit Lackkappen . . . . . .

Herren-Stiefel 6.75
Ia. Rindbox, div. Ausführungen . . . . . .

Jos. Ettlinger
Kaiserstrasse 48.

Kommunalpolitik.

Ispringen, 17. Okt. Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Benz, welcher der sozialdem. Partei angehört, wiedergewählt.

Gernsbach, 17. Okt. Die Bürgerausschußwahlen sind nunmehr beendet. Der neugewählte Bürgerausschuß setzt sich zusammen aus 26 Fortschrittl. Volksparteilern, 21 Zentrum, 9 Nationalliberalen und 4 Sozialdemokraten.

Bretten, 17. Okt. Der städt. Fischmarkt, der heute eröffnet wurde, zeigte eine so große Nachfrage, daß der weitaus größte Teil des wartenden Publikums keine Fische mehr erhielt. Die Stadtgemeinde ließ auch zu wenig Ware kommen. Sie kann zum nächsten Fischmarkt gut das dreifache Gewicht absetzen, als heute verkauft wurde.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

— **Brandschäden.** In unserem Amtsbezirk hat es gestern zweimal gebrannt. In Oberöwisheim wurde das Anwesen der Witwe H. Holzmüller durch Feuer zerstört. Der Schaden beträgt etwa 18 000 Mk. Der zweite Brand war in der Gemeinde Kronau. Dort fiel die Scheuer des Schreiners Reichert mit sämtlichen Futter- und Ernte-Vorräten dem verheerenden Elemente zum Opfer.

Baden-Baden.

— **Eine französische Studienkommission**, die sich aus Aerzten und den angesehendsten Fachleuten der französischen Hotelindustrie zusammensetzt, traf hier ein und nahm eine Besichtigung der Bäderanlagen und einiger größerer Hotels vor.

— **Rascher Tod.** Der seit einigen Wochen hier zur Erholung weilende Ober-Steuerinspektor Dr. Zöller aus Karlsruhe wurde heute vormittag auf der Straße von einem Blutsturz befallen und verschied alsbald in den Armen eines hilfsbereiten Passanten.

Offenburg.

— **Die Denkschrift zum neuen Krankenhaus** behandelt im zweiten Abschnitt zunächst die Platzfrage. Man einigte sich im Stadtrat auf den Platz neben dem Garnisonslazarett, Gewann „Nußbuckel". Eine Anzahl Grundstücke wurden um den Preis von 41 930 Mk. erworben. Der Geländekomplex umfaßt 2 Hektar 45 Ar 11 Quadratmeter, wovon aber 24,7 Ar in projektierte Straßenzüge fallen. Der erste Grundriß für den Neubau wurde von Baurat Schäfer-Mannheim verfertigt. Die Ausarbeitung der Pläne und Kostenvoranschläge machte Stadtbaumeister Wacker hier. Der Anschlag lautete auf 625 000 Mk. Die Zahl der Betten sollten 101 betragen. Diese Summe wurde jedoch für zu hoch erachtet und der Stadtrat und Stadtverordneten-Vorstand einigten sich dahin, die Zahl der Krankenbetten auf 86 zu reduzieren und so eine Minderung der Kosten auf 590 000 Mark herbeizuführen. Dieses Projekt fand jedoch keine Annahme vor dem Bürgerausschuß und wurde am 10. Dez. 1906 mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Bürgerausschuß gab seine Direktive dahin, daß ein Krankenhaus mit 86 Betten mit einem Aufwand (ohne die innere Einrichtung) von 450 000 Mk. erbaut werden sollte. Ein Preisausschreiben wurde befürwortet und vom Stadtrat zuerst 10 000 Mk. hierfür zur Verfügung gestellt. In der Bürgerausschußsitzung vom 14. Januar wurden jedoch 12 000 Mk. bewilligt. 68 Entwürfe wurden eingereicht; aber keiner hatte die Bausumme von 450 000 Mk. zugrunde gelegt. 8000 Mk. wurden dann wie folgt verteilt: zwei zweite Preise mit je 2500 Mk. und zwei dritte Preise mit je 1500 Mk. Architekt Herr Paul Woltmann-Frankfurt a. M. erhielt einen zweiten Preis und man entschied sich auch für dessen Entwurf, welcher auch vom Ministerium gutgeheißen wurde. Das Hochbauamt legte dann am 21. Dez. 1908 den detaillierten Kostenanschlag vor, welcher die Endsumme von 747 250 Mk. ergab, einschließlich der Kosten für innere Einrichtung, der Ab- und Zuleitungen außerhalb des Krankenhauses, sowie der Einrichtung der Kläranlage für Schmutzwasser.

Auch dieser Kostenpunkt erschien dem Stadtrat zu hoch. Derselbe kam aber zu der Ueberzeugung, daß mit 450 000 Mk. ein Krankenhaus mit modernen Anforderungen nicht gebaut werden kann. Eine vom Stadtrat berufene Kommission sondierte den Kostenanschlag und machte den Vorschlag, auf die Erbauung des Absonderungs- und Leichenhauses mit 75 000 Mk. zu verzichten und die Baracken am alten Krankenhaus dafür in Verwendung zu nehmen. Ebenfalls wurden die Kosten für die Kläranlagen mit 15 075 Mk., mit Rücksicht auf die Erstellung einer städtischen Kläranlage, abgesetzt. Der Aufwand wäre nun folgender:

Hauptbau	469 955 Mk.
Kessel- und Waschhaus	71 600 „
Nebenanlagen	79 125 „
Zusammen	620 680 Mk.

(Fortsetzung folgt.)

— **Das neue Krankenhaus** stand am Mittwoch nachmittag dem Publikum zur Besichtigung offen. Eine wahre Völkerwanderung von der Stadt zum Krankenhaus und zurück fand statt. Nicht allein von hier und Umgebung, sondern auch aus weiterer Ferne kamen Besucher. Das neue Krankenhaus ist als eine Musteranstalt in hygienischer Beziehung zu betrachten. Man hörte nur Worte des Lobes. Am nächsten Sonntag, 20. Okt., steht die Anstalt nochmals zur Besichtigung offen. Die Gewerkschafts- und Parteigenossen, welche daran teilnehmen wollen, treffen sich mittags ½2 Uhr auf dem Schillerplatz. Die Besichtigung wird unter fachmännischer Leitung erfolgen. Wir können den Besuch nur bestens empfehlen.

Aus dem Hanauerland, 16. Okt. Wie tief der Aberglaube noch in unserem „aufgeklärten" Volke wurzelt, beweist wieder einmal ein Vorkommnis, das der „Kehler Zeitung" aus einem größeren Orte des Hanauerlandes berichtet wird: Einem Bürger wurde in einer der letzten Nächte eine größere Anzahl Hasen gestohlen; anstatt die Gendarmerie in Kenntnis zu setzen, begab sich der Bestohlene nach Memprechtshofen zum Wunderdoktor, dem sogen. „Schlofer", auf dessen Allwissenheit er einen heiligen Eid leistet, um sich Rat zu holen. Der Schlofer weissagte ihm, die Hasen seien über den Rhein in die Wanzenau gekommen. Um aber ganz sicher zu sein, solle er sich den Rat der Frau E., einer bekannten Kartenschlägerin in Straßburg, holen, was sofort geschah; aber auch diese konnte nichts Genaues aussagen, er müsse noch zuwarten. Wohl bedeuteten die Karten, daß die Hasen ins Elsaß gekommen seien, aber Genaues müsse er abwarten; um ihn zu trösten, prophezeite sie ihm, daß er in der nächsten Zeit eine größere Summe in der Lotterie gewinnen werde, und da er zufällig glücklicher Besitzer eines Achtelloses der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie ist, so wird der Gewinn sicher eintreffen. Vergessen waren die Hasen und freudestrahlend bat der Glückliche die gute Frau, wenn das Geld eintreffe, die Hälfte von ihm anzunehmen. Daß die Hasen aber nicht ins Elsaß gekommen sind, beweist der Umstand, daß die folgende Nacht auf dem eigenen Grundstück des Bestohlenen eine Anzahl der Tiere eingescharrt wurde. Jetzt wurde die Gendarmerie verständigt; leider wird es schwer halten, die Diebe ausfindig zu machen, da sie Zeit genug hatten, alles, was Verdacht erregen könnte, zu beseitigen. Möchte der gute Mann zur Erkenntnis kommen, daß zur Aufdeckung von Diebstählen nicht Schlofer und Kartenschlägerin, sondern die Gendarmerie da ist.

Müllheim, 16. Okt. Die hier abgehaltene Generalversammlung der Müllheim-Badenweiler Eisenbahn-Aktiengesellschaft beschloß die Ablösung des Betriebsvertrags mit der Deutschen Eisenbahnbetriebs-Gesellschaft und die Uebernahme des Betriebs in eigene Regie. Es wurde ein Vertrag mit den Rheinischen Schuckertwerken in Mannheim genehmigt behufs Elektrisierung der Lokalbahn.

Bühlertal, 17. Okt. Die Keilerei von Reservisten, über welche wir in der Nummer vom 24. v. Mts. berichteten, scheint nicht so schlimm zu sein, wie ursprünglich angenommen wurde. Der seinerzeit bewußtlos Gewordene konnte nach vier Tagen wieder arbeiten. Die Angelegenheit hatte aber noch üble Folgen. In der betreffenden Nacht ließ man ohne Weiteres eine Reihe Verhaftungen vornehmen, legte die Verhafteten wie Raubmörder in Ketten und hat sie bis heute noch nicht freigelassen. Einer der Inhaftierten, ein bis jetzt unbestraft junger, fleißiger Mann, hatte sich die Inhaftierung so zu Herzen genommen, daß er geistesgestört wurde und nach der Heilanstalt Illenau verbracht werden sollte. Beim Transport zwischen Bühl und Otterswiler rückte er aus und konnte bis heute nicht ergriffen werden. Jetzt kommt die Nachricht, daß sich derselbe erhängt hat. Die Leiche wurde auf der sogen. „Neusatzereck" im Kloster aufgefunden. Die braven Eltern, die damit eine Stütze verloren, werden allgemein bedauert.

Zentrumskampfesweise.

Aus Malsch schreibt man uns: Fünf Artikel schon hat die hiesige Zentrumsleuchte an die beiden Zentrumsblätter „Bad. Beobachter" und den Ettlinger „Landsmann" zur Abwehr ihrer von uns aufgedeckten Heldentaten geschrieben und noch ist kein Ende abzusehen. Alle Artikel wimmeln von persönlichen Beleidigungen und Verdächtigungen einzelner unserer Parteigenossen. Die Sache, um die es sich dreht, wird einfach weggeleugnet und der schwarze Moralist hat schon drei Parteigenossen in der gemeinsten Weise herumtergerissen. In seinem letzten Elaborat nennt er unsern Artikelschreiber einen „jungen Kerl" und „er müßte sich wundern, daß so junge Kerle schon so klugen können, es eröffne das eine herrliche Perspektive."

In einem Artikel behauptete der Mensch schlankweg, der betreffende Arbeiter, der von den hiesigen Zentrumshonzen wegen des Abonnements auf den „Volksfreund" drangsaliert wurde, hätte ihm erklärt, daß der Artikel im „Volksfreund" nicht der Wahrheit entspräche und alles gelogen sei und er setzt hundert Mark daran, wer ihm beweise, was für drei Herren zu der Frau gesagt haben sollen, sie müsse katholisch werden. Der betreffende Arbeiter gibt deshalb folgende eigenhändig geschriebene Erklärung ab:

Unterzeichneter bestätigt hiermit, daß das, was im „Volksfreund" betreffs des Artikels „Zentrumschristliches" aus Malsch veröffentlicht war, **voll und ganz der Wahrheit entspricht.** Die Sache hat sich folgendermaßen zugetragen: Es war an einem Vormittage im Monat Januar. Ich war im Wald mit Holzhauen beschäftigt, als meine Frau weinend und trostlos zu mir kam. Sie war so aufgeregt, daß es geraume Zeit dauerte, bis sie sprechen konnte. Sie erzählte unter Zeugen:

Als ich im Begriffe war zu Kochen, kam die Hausfrau zur Türe herein mit den Worten: „Luise, mein Vater, Belzer und der Pfarrer sind unten und sagten, es muß jetzt unbedingt anders werden. Das geht nicht! Ihr müßt euch kirchlich trauen und das Kind katholisch werden lassen. So wie der Vater ist, muß auch das Kind sein. Den „Volksfreund" müßt ihr auch abbestellen. Das Blatt dulden wir absolut nicht in unserm Haus und wenn ihr das nicht macht, so müßt Ihr aus dem Haus und es wird gesorgt, daß Ihr in Malsch keine Wohnung mehr bekommt."

Hierzu muß ich bemerken, daß die Zeugen, die die Sache mit angehört haben, sich beinahe auf den Kopf stellten. Mir war das zwar nichts Neues, denn Kiefner hat die Sache gegen uns schon manchmal so zum Ausdruck gebracht. Er betonte sogar einmal: „Schafft mir die Leute aus dem Haus, die leben in wilder Ehe zusammen und halten auch den „Volksfreund". Da muß gesagt werden, daß das anders wird. Wenn die nicht zum Haus naus kommen, betrete ich und mein Joseph das Haus nicht mehr!" Leider ließ ich mich von diesen Leuten überölpeln, ließ mich um des lieben Friedens willen kirchlich trauen und bestellte den „Volksfreund" ab. Hernach ging alles gut, bis ich den „Volksfreund" wieder abonnierte hatte, worauf mir gekündigt wurde mit der Bemerkung: **Hier, August, hast Du den „Volksfreund". Es ist Dir gekündigt. Du weißt, daß wir den „Volksfreund" nicht im Haus haben wollen!"** Sollte der hiesige Artikelschreiber damit noch nicht zufrieden sein, so möchte ich ihn bitten, sich an mich zu wenden. Ich werde ihm dann das Nötige sagen.

August Weber, Zimmermann.

Es hieße die Wucht der in der Erklärung veröffentlichten Tatsachen abschwächen, wollte man auch nur ein Wort als Kommentar hinzufügen. Der „Bad. Beobachter" und der „Landsmann" mögen hieraus ersehen, wie sie von ihrem Malscher Korrespondenten angemichelt werden. Jedenfalls muß abgewartet werden, ob er jetzt die hundert Mark zahlt.

Luftschiffahrt und Flugsport.

Frankfurt a. M., 18. Okt. Das Luftschiff „Viktoria Luise" ist heute früh 7.20 Uhr zur Fahrt nach Nürnberg in Friedrichshafen aufgestiegen.

Süddeutscher Rundflug.

Frankfurt a. M., 17. Okt. Die Teilnehmer am süddeutschen Rundflug werden heute früh ½7 Uhr zur Weiterfahrt nach Nürnberg starten.

Wasserstand des Rheins.

18. Oktober.

Schusterinsel 1.40 m, gest. 4 cm, Kehl 2.14 m, gef. 0 cm, Maxau 3.71 m, gef. 3 cm, Mannheim 2.87 m, gef. 4 cm.

Briefkasten der Redaktion.

„Schrift Heil." O. S. Wir danken Ihnen für frdl. Einsendung.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 20. Oktober, Abfahrt 5,44 Uhr nach Albersweiler, Hohenberg, Ruine Neukastell, Madenburg, Landeck, Klingenmünster. — Halbtagestour: halb 3 Uhr (Straßenbahn) nach Rheinhafen, Rheinwald. — Montag Monatsversammlung. Ausgabe von Eintrittskarten zum Lichtbildervortrag. 2545

Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit".) Heute Freitag, den 18. Oktober, abends 9 Uhr, Singstunde. — Sonntag, den 20. Oktober, Mitwirken der Sänger beim Stiftungsfest des Zentralverbandes der Fleischer in der „Walhalla". Beginn punkt 5 Uhr. Vollzähliges Erscheinen bei beiden Veranstaltungen Ehrensache. 4546

Karlsruhe. (Deutscher Arbeitersängerbund, Gau Baden, Bezirk Karlsruhe.) **Unseren verehrlichen Vereinen zur Nachricht, daß von heute ab im Lokal zum „Auerhahn", Schützenstraße 58 hier, die fällige Sängerzeitung mit Chorlieferung zum Abholen bereit liegen. Wir ersuchen, dieselben baldigst abholen zu wollen. Die Bezirksleitung.**

Karlsruhe-Mühlburg. („Bruderbund".) Heute abend Probe.

Beiertheim. (Metallarbeiter-Verband.) **Die Versammlung wird auf Samstag, 26. Oktober, verschoben.** 2118

Rintheim. (Metallarbeiter-Verband.) **Montag, 21. Oktober, abends halb 9 Uhr, im „Schwanen": Vortrag des Kollegen Huxschig.** 2118

Ettlingen. (Metallarbeiter-Verband.) **Samstag, 19. Oktober, halb 9 Uhr, in der Brauerei „Hensle": Vortrag des Kollegen Weiß.** 2118

Mörsch. (Sozdem. Sonntag, den 20. Oktober, mittags ½2 Uhr, Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 2511

Bruchsal. (Metallarbeiter-Verband.) **Samstag, 19. Oktober, halb 9 Uhr, in der „Neuen Pfalz": Vortrag des Kollegen Rückert.** 2118

Wössingen. (Sozialdem. Verein.) **Am Sonntag, 20. Oktober, nachmittags halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „Lamm".**

Bretten. (Metallarbeiter-Verband.) **Samstag, 19. Oktober, halb 9 Uhr, im „Engel": Vortrag des Kollegen Kruse.**

Gaggenau. (Metallarbeiter-Verband.) **Samstag, 19. Oktober, halb 9 Uhr, in der „Volkshalle": Vortrag des Kollegen Huxschig.** 2118

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Bist du ein klassenbewußter Arbeiter?

(Einige kitzliche Fragen)

Warum fehlt in deiner Wohnung der „Volksfreund"?
Warum liest du die bürgerliche Presse?
Warum willst du dich von ihnen noch länger täglich beleidigen lassen?
Waren dir diese Blätter jemals behilflich, wenn in deiner Werkstatt oder Fabrik ein Lohnkampf ausbrach?
Haben nicht im Gegenteil jene bürgerlichen Zeitungen in Streitfällen stets mehr oder weniger bedingungslos auf Seite deiner Gegner und Ausbeuter gestanden?
Tun sie das nicht bei allen Gemeinderats-, Landtags- und Reichstagswahlen, wo sie die Interessen der Volksfeinde vertreten?
Willst du denn als Verräter deiner Arbeitsbrüder erscheinen, indem du unsern gemeinsamen Feinden noch Munition in Gestalt des Abonnementsgeldes lieferst?
Meinst du nicht, daß es höchste Zeit ist, wenn du sofort jene bürgerlichen Blätter aus deiner Wohnung entfernst?
Bist du ein Mann, so prüfe dir die vorgelegten Fragen sofort auf ihre Berechtigung und gib den Boten oder in der Expedition des „Volksfreund" deine Adresse mit Bestellung auf.

Dann bist du ein klassenbewußter Arbeiter!

Geschäftliches.

Friedrichsbad,
136 Kaiserstrasse 136.
An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannenbad für **Männer** und **Frauen**
35 Pfennig.
Samstags 40 Pfennig.

Email-Herde
erstklassiges Fabrikat, soeben eingetroffen. 2095
Ernst Marx
Herd-, Ofen-, Küchen- und Haushaltungsgeschäft
Tel. 3086. 45 Luisenstraße 45. Tel. 3086.

Karlsruher Hausfrauen!
Kohlen und Koks sind teurer geworden.
Braunkohlen-Briketts
Union
dagegen **billiger.**
Achten Sie genau auf die Marke!
427

Pfannkuch & Co

Frische französische u. hessische

Aepfel

6 Waggons eintreffend

3 Pfund **30** Pfg.
3 Pfund **35** Pfg.

Westindische

Bananen

Pfund **30** Pfg.

Französ. u. italienische

Tafel-Trauben

Pfund **28** Pfg.

Neue 2119

Maronen

(Kastanien)

Pfund **20** Pfg.

Geröstete

Erdnüsse

¼ Pfund **10** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekannten Verkaufsstellen.

Moderne 60

Trauringe

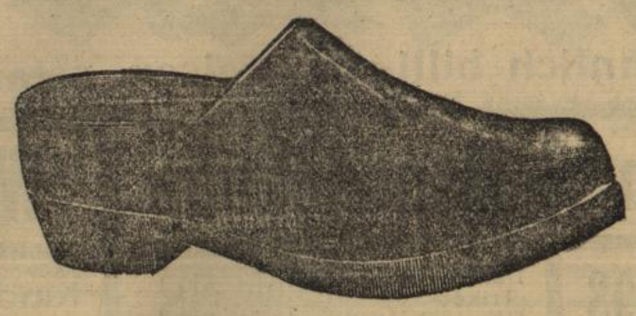
in jeder Breite und Schwere
8 Karat 333 **10 Mk.** das Paar
14 Karat 585 **20 Mk.** das Paar
Gravierung gratis.

Oskar Kirschke
Kriegstr. 12.

Billig zu verkaufen: Diwan, 2 Fauteuil, wie neu (Roßhaar), 42 Mk., neue Wollmatratze, 2teil. 17 Mk., gute Roßhaarmatratze, wie neu, 33 Mk. 2541
Schützenstr. 37, Hof, Werkst.

Sonntags von 11—1 Uhr geöffnet.

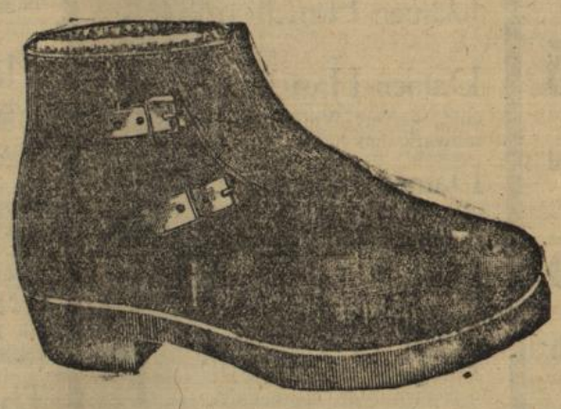
Holzschuhe u. Holzstiefel



Holz-Galoschen

24—30	31—35
58 ₰	**68** ₰
Für Frauen:	Für Männer:
36—39	40—48
88 ₰	**98** ₰

Holz-Schnür-Stiefel



25—28	29—30	31—33	34—36
1.40	**1.55**	**1.68**	**1.78**

Holz-Schnallen-Stiefel mit dickem Filzfutter

Für Frauen:	Für Männer:
37—41	42—47
1.98	**2.25**

R. Altschüler Karlsruhe 161 Kaiserstr. 161 Ecke Ritterstrasse.

Grösstes und leistungsfähigstes Schuhwarenhaus Süddeutschlands. 2527

Sonntags von 11—1 Uhr geöffnet.

Pfannkuch & Co

Zylinder

6, 8, 10 und 14-linig
Stück **6** Pfg.

Kleine Zylinder
(für sogenannte Sparlampen)
Stück **4** Pfg.

Petroleum-Dochte 2120
in verschiedenen Größen
St. **3, 6, 8, 10** u. **12** ₰

Gas-Zylinder
glatte St. **10** Pfg.
Lochzylinder Stück **20** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekannten Verkaufsstellen.

Billige Möbel! Schränke, 2- u. 1tür. pol. von 15 Mk. an, Vertiko, sehr schön, 40 Mk., Sofa, neu bez., 24 Mk., Waschkommode, 15 Mk., Schreibtisch, Tische, versch. Spiegel, Handnähmaschine 12 Mk., Stühle, Teppich, große polierte Kommode, 24 Mk. 2530
Steinstraße 7, Hof.

Jg. Herr sucht ungest. bill. einf. möbl. **Zimmer** auch Mansarde, mit sep. Eingang. Mieter braucht Zimmer n. teilw., ist jedoch Dauermieter, ev. auf 4 Jahre.
Offerten mit Preis unter Nr. **2529** an die Exped. d. Blattes.

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem **Apollo-Theater**
empfiehlt sein Lager in
Taschen- u. Wanduhren.
Billige **Reparatur-Werkstätte, Trauringe,** 8 u. 14 kar. gestempelt, das Paar v. M. 12—27. Brillen u. Zwicker

Korbwagen noch gut erhalt., billig zu verk.
Morgenstr. 10, 5. St.

Flugkäfig großer, mit Kanarienvögel, billig zu verkaufen. **Augartenstr. 35,** Hinterhaus, 2. St.

Bekanntmachung.

Im Benehmen mit der Metzgerinnung haben wir die Verkaufspreise für Fleisch in der hiesigen Stadt mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Für **Rindfleisch** auf **84—86** ₰ für das Pfund,
Für **Ochsenfleisch** auf **86—90** ₰ für das Pfund,
Für **Schweinefleisch** auf **84—96** ₰ für das Pfund.

Bei allen vorgenannten Fleischsorten tritt sonach ein sofortiger Preisabschlag von **10** ₰ für das Pfund ein.

Karlsruhe den 17. Oktober 1912.

Der Stadtrat: 2549
Horstmann. Raab.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund

Mitgliedschaft Karlsruhe.

Der Karlsruher Arbeiterschaft bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß wieder neue

Unterrichtskurse

der deutschen Volkskurzschrift System Arends (Vereinfachung 1898) beginnen. **Südstadt im „Schwarzwälder Hof"** kommenden Montag abends 9 Uhr. Anmeldungen daselbst. **Weststadt im „Dragoner"** (Uhlandstraße) a[illegible] November abends ½9 Uhr. Anmeldungen hierzu bei M. Ho[illegible]selm[illegible]n, Bachstraße 58. Hierzu ladet die hiesige Arbeiterschaft, [illegible]owie [illegible]deren Frauen und Töchter zu zahlreicher Beteiligung freundl[illegible] ein.

Preis inkl. Lehrmittel 3 Mark. 2548

Der Vorstand.

Verband der Tapezierer

(Filiale Karlsruhe).

Sonntag den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Saale der **„Walhalla"**, Augartenstraße 27 2539

15. Stiftungs-Fest

verbunden mit **Konzert, Gesangsvorträgen** des Gesangvereins **„Lassallia"** und **Glückshafen.** Zum Schluß **Ball.**

Eintritt frei. **Eintritt frei.**

Um zahlreichen Besuch seitens der Freunde und Gönner des Verbandes bittet **Der Vorstand.**

Billige Fleischquelle.

Prima junges fettes

Pferde-Fleisch

sowie **diverse Wurst- und Fleisch-Waren**
empfiehlt 2540

Pferdeschlächterei Schmidt,
Fasanenstr. 17, sowie **Durlacherstr. 38.**
Telephon 3367. **Telephon 1763.**

Bucherer

empfiehlt in seinen sämtlichen Filialen einen guten kräftigen

Weißwein
(Panades) 1925
Literfl. **70** Pfg.
Flaschenpfand 15 Pfg.

Weißwein
Frankweiler
Literfl. **90** Pfg.
Flaschenpfand 15 Pfg.

Rotwein
(Portugieser)
Literfl. **70** Pfg.
Flaschenpfand 15 Pfg.

französischen Bordeaux
(Chateau Beaulieu)
Fl. m. Glas **1** Mk.
unter Garantie f. naturreine Produkte.

Der moderne Velour-Hut

„Hirth" M **3.50**
„Pascha" M **3.50**
„Maulwurf" M **4.20**

in den verschiedensten Farben. 2371

Richard Pahr Kronenstraße 42.

Nur Adlerstr. 18a — **Nur Adlerstr. 18a** 2549

Pelerinen für Herren und Damen von Mk. 7.50 an.

Nur Adlerstrasse 18a. E. Hahn.
Sonntags von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Billige Stiefel

für Herren, Damen u. Kinder finden Sie immer bei
W. Krüger, Auktionsgeschäft und Schuh-Lager
Karlsruhe, Adlerstrasse 40 neben „Beobachter".
Sonntags von [illegible] 2532

Samstag-Angebot!

Spezial-Verkauf zu aussergewöhnlich billigen Preisen, solange Vorrat.

Strümpfe

Damen-Strumpf 1.25
reine Wolle, gewebt, schwarz u. mod. uni-Farben Paar **1.55,**

Damen-Strumpf 1.55
Reine Wolle, schwarz, 1×1 gestrickt zum Anstricken Paar

Damen-Strumpf 1.45
Reine Wolle, gewebt, schwarz, elegant bestickt Paar **1.95,**

Frauen-Strumpf 85 ₰
Wolle plattiert, schwere Qualität Paar

Frauen-Strumpf 1.10
Reine Wolle, 2×2 und 1×1 gestrickt z. Anstricken Paar **1.20,**

Herren-Socken 35 ₰
für empfindliche Füsse Paar **45,**

Herren-Socken 38 ₰
Wolle plattiert, schwere Qualität mit Patentschaft, grau u. braun meliert Paar **68,**

Herren-Socken 85 ₰
Reine Wolle, 2×2 gestrickt zum Anstricken Paar

Kinder-Strumpf plattiert
schwarz, leder- u. mod. Ringel-Muster

Gr. 1	2	3	4	5	6	7	8
38	45	50	56	62	68	75	82 ₰

Kinder-Strumpf
Reine Wolle zum Anstricken

Gr. 1	2	3	4	5	6	7	8
54	62	70	80	90	100	110	120 ₰

Trikotagen

Herren-Trikothemd 98
gute Qual. **1.35, 1.15,**

Herren-Trikothemd 1.55
starke Winterqual. **2.10, 1.85,**

Herren-Trikotjacke 95
aus weichem Trikotst. **1.25, 1.10,**

Herren-Trikotjacke 1.40
schwere Qualität . **1.65, 1.50,**

Herren-Trikothose 95
gut verarbeitet . . **1.25, 1.10,**

Herren-Trikothose 1.45
wollgemischte . . **1.85, 1.65,**

Damen-Trikotjacke 98
bewährte Qualität **1.35, 1.20,**

Damen-Wintertaille 95
aus stark. Trikotst. **1.20, 1.10,**

Damen-Untertaille 95
in warmem Futter, hell u. grau

Damen-Normalhose 1.55
ausstarkem Trikotstoff **1.95, 1.75,**

Damen-Futterhose 1.85
hell und grau **2.10,**

Handschuhe

Damen-Trikot-Handschuh 38 ₰
2 Knopf, in farbig

Damen-Trikot-Handschuh 55 ₰
gute Qual., farbig

Damen-Handschuh 65 ₰
Paar

Damen-Handschuh 70 ₰
imit., kariert Wollfutter, schwarz und bunt

Damen-Handschuh 85 ₰
imit. Wildleder, mit gelbem Futter, vorzügl. Qualität

Damen-Handschuh 95
imit. Sämisch Leder mit 2 Knöpfen

Damen-Trikot-Handschuh 1.10
in Seidenfutter, elegant ausgest.

Herren-Trikot-Handschuh 60 ₰
Winterqualität

Herren-Trikot-Handschuh 85 ₰
Leder imit.

Herren-Strick-Handschuh 1.10
besonders stark

Damen-Suede-Handschuh 1.35
in modernen Farben

Damen-Glacé-Handschuh 1.45
farbig, 2 Knopf

Damen-Glacé-Handschuh 1.85
farbig, mit eleg. Steppnaht

Wollwaren

Kinder-Hauben 58 ₰
weiss u. rot gestrickt, in vielen neuen Ausführungen **95, 75,**

Kinder-Hauben 95 ₰
imit. Lammfell in weiss **1.35, 1.10,**

Mädchen-Sport-Mützen 1.45
weiss und weiss mit bunt, viele Neuheiten . . . **1.95, 1.75,**

Knaben-Pullmann-Mützen 78 ₰
die chicesten Formen, für Schule und Sport **1.35, 95,**

Theater-Shawls 1.10
aus Eisgarn, weiss und schwarz aparte Neuheiten **1.95, 1.65,**

Theater-Shawls 2.35
aus Kunstseide. Die letzten Modeschöpfungen **3.75, 2.90,**

Ball- u. Theater-Shawls 95 ₰
in Seide und anderen modern. leicht. Geweb. **3.50 2.50 1.65**

Damen-Serviteurs 70 ₰
weiss Wolle, mit Druckknopf, **1.95, 1.25,**

Chenille-Shawls 4.50
schwarz und schwarz mit bunt **6.90, 5.50,**

Kinder-Sweater 95 ₰
in vielen Farben u. Strickarten **2.35, 1.75, 1.35,**

Geschwister Knopf.

2536

K. F.-C. Phönix

(Phönix-Alemannia).
e. V. 2354

Sportplatz links der Rheintalbahn entlang. Telephon 1338.

Jeden Mittwoch und Samstag Nachmittag allg. Training.

Freitag, den 18. Oktob. 1912, abends halb 9 Uhr, im Lokal „Löwenrachen" **Spieler-Versammlung.**

Sonntag, den 20. Oktob. 1912, Ia Mannschaft in Pforzheim gegen I. F.-C. Pforzheim. Abfahrt 11.30 Uhr vormittags.

II. Mannschaft gegen F.-C. Pforzheim II. Abfahrt 10.40 Uhr vormittags.

III. Mannschaft gegen F.-C. Pforzheim III. Abfahrt 7.30 Uhr vormittags.

IV. Mannschaft gegen F.-C. Südstern II auf dem Südsternplatz in Rüppurr. Beginn 3 Uhr.

V. Mannschaft gegen F.C. Südstern III gleichfalls in Rüppurr. Beginn 1/2 2 Uhr.

IIb, IIIa und IIIb Mannschaft sind spielfrei. 2534

Auf unserm Platz nachmittags 3 Uhr: Allgemeines Training.

Fussball-Club Mühlburg
Verein für Rasenspiele
e. V. — Gegr. 1905.
Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V

Samstag den 19. Oktober 1912, abends 9 Uhr,
Spieler-Versammlung.

Sonntag den 20. Oktober 1912, 3 Uhr,
Mülhausen I. — F.-C. M. I.

II. und III. Verbandsspiel in Beiertheim.
Beginn 3 bezw. 1/4 2 Uhr.

IV. F.-C. Viktoria Karlsruhe II. Beginn 1/2 2 Uhr.

Abends gemütliches Beisammensein. 2533

Ich **kaufe** und **verkaufe** fortwährend getragene **Herren- u. Damenkleider, Schuhe** und **Stiefel,** aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 16

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.

E. V. 2544

Heute abend 9 Uhr:
Monats-Versammlung.

Sonntag auf unserem Platze:
3 Uhr: 4. Mannschaft
I. in Freiburg, Abfahrt 9.40 H.B.
II. u. III. in Pforzheim, Abfahrt 11.30 H.B.

Voranzeige: 27. Oktober 1912
Mühlburg I.

Ia. Mostobst

täglich frisch eintreffend
2505 zu haben bei

M. Oswald,
Kelterei Karlsruhe
Schützenstraße 42.

Sport-

Loden-Anzüge v. Mk. 19.— an Loden-Pelerinen, Bozener Mäntel (echte Münchener Konfektion). Berg-Stiefel Rindl. v. Mk. 12.50 an. Rucksäcke v. Mk. 2.— an. Aluminiumartikel. Billigste Preise infolge geringer Spesen, gute sportmässige Qualitäten.

Sport-Beier
Kaiserstr. 174, b. d. Hirschstr.
Mitglied des T.-V. „Die Naturfreunde". 7183

Frauenhaare

jeder Art und jedes Quantum **kauft Richard Horn,** Friseur, **Karlsruhe-Mühlburg,** Rheinstraße 30. 1827

August Pfützner

Karlsruhe-Rüppurr
2 Langestrasse :-: :-: Langestrasse 2

Dampf-Waschanstalt

Neu erbaute modern eingerichtete Anstalt.
Gutgeschultes Personal. Persönliche Leitung.
Individuelle Behandlung der Wäsche. Rasenbleiche.

Spezial-Abteilung für chem. Reinigung und Kunstwäscherei.

Gegründet 1875. **Teleph. 1447.** 80 Angestellte.
Prompte Lieferung nach auswärts.

1551

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund

Das Lebensalter des Menschen 100 Jahre! deshalb Trinkt Chabeso!

denn der Mensch lebt nicht von dem was er isst, sondern von dem, was er verdaut.

1/4 Ltr. Fl. 10 ₰, bei 25 Fl. 8 ₰.
1/2 „ „ 15 „ „ 20 „ 13 „
1 „ „ 24 „ „ 12 „ 22 „

Chabeso conc. Mk. 1.20

Chabeso-Fabrik
Inh.: **Friedrich Büchert**
Karlsruhe 7239
Marienstr. 60, Teleph. 3182.